Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

145. Sitzung

Bonn, Mittwoch, den 19. Juni 1985

Inhalt:

Verzicht des Abg. **Vogt** (Kaiserslautern) auf die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag 10725A

Eintritt des Abg. **Tatge** in den Deutschen Bundestag 10725A

Aktuelle Stunde betr. **geplante Stillegung der Firma Wuppermann GmbH, Leverkusen**

Auhagen GRÜNE 10739A

Dr. Lammert CDU/CSU 10739D

Roth SPD 10740D, 10752D

Beckmann FDP 10741C

Grüner, Parl. Staatssekretär BMWi . . . 10742C, 10749C

Einert, Minister des Landes Nordrhein-Westfalen 10744A

Wissmann CDU/CSU 10745C

Wiefel SPD 10746D

Schulhoff CDU/CSU 10747C

Dr. Jens SPD 10748C

Müller (Wadern) CDU/CSU 10750A

Urbaniak SPD 10750D

Dr. Köhler (Duisburg) CDU/CSU 10751D

Dr. Köhler (Duisburg) CDU/CSU (Erklärung nach § 30 GO) 10753C

Fragestunde

— Drucksache 10/3487 vom 14. Juni 1985 —

Festlegung des Standorts für das Auskunftssystem JURIS

MdlAnfr 1 14.06.85 Drs 10/3487
Schreiner SPD

Antw PStSekr Erhard BMJ 10725B

ZusFr Schreiner SPD 10725B

Beschwerden über überfüllte Briefkästen der Bundespost

MdlAnfr 3 14.06.85 Drs 10/3487
Grünbeck FDP

Antw PStSekr Rawe BMP 10725D

ZusFr Grünbeck FDP 10726A

Umsatzsteuerpflicht für Wasseranschlußbeiträge

MdlAnfr 29, 30 14.06.85 Drs 10/3487
Braun CDU/CSU

Antw PStSekr Dr. Häfele BMF 10726C

ZusFr Braun CDU/CSU 10726D

Haltung der Bundesregierung zu den Äußerungen des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss betr. Subventionierung von Kohleexporten

MdlAnfr 35, 36 14.06.85 Drs 10/3487
Wolfram (Recklinghausen) SPD

Antw PStSekr Dr. Sprung BMWi 10727D

ZusFr Wolfram (Recklinghausen) SPD . 10728A

ZusFr Schreiner SPD 10728C

ZusFr Vogel (München) GRÜNE 10729B

ZusFr Becker (Nienberge) SPD 10729C

ZusFr Wieczorek (Duisburg) SPD 10729C

ZusFr Müller (Wadern) CDU/CSU . . . 10729D

ZusFr Gansel SPD 10730A

ZusFr Frau Blunck SPD 10730B

Waffenexporte nach Saudi-Arabien

MdlAnfr 38 14.06.85 Drs 10/3487
Frau Dr. Hamm-Brücher FDP

Antw PStSekr Dr. Sprung BMWi 10730C

ZusFr Frau Dr. Hamm-Brücher FDP . . 10730C

ZusFr Dr. Hirsch FDP 10730D

ZusFr Gansel SPD 10731A

ZusFr Oostergetelo SPD 10731B

Kritik des Bundeskanzlers an der Haltung der SPD in der Vergangenheit bezüglich des positiven Grenzausgleichs und aktuelle Politik der Bundesregierung in dieser Frage; Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommen

MdlAnfr 40, 41 14.06.85 Drs 10/3487
Oostergetelo SPD

Antw PStSekr Gallus BML 10731D

ZusFr Oostergetelo SPD 10732A

ZusFr Frau Blunck SPD 10732B

ZusFr Gansel SPD 10732C

Kosten der Anzeige von Bundesminister Kiechle betr. Agrarpreisbeschlüsse; Einkommensverbesserungen deutscher Landwirte auf Grund der EG-Beschlüsse

MdlAnfr 43, 44 14.06.85 Drs 10/3487
Frau Blunck SPD

Antw PStSekr Gallus BML 10733C

ZusFr Frau Blunck SPD 10733D

ZusFr Oostergetelo SPD 10734A

ZusFr Dr. Klejdzinski SPD 10734B

ZusFr Becker (Nienberge) SPD 10734C

ZusFr Schreiner SPD 10736B

ZusFr Reimann SPD 10736C

Übungsplätze der in Münster-Handorf stationierten Panzerbataillone

MdlAnfr 63 14.06.85 Drs 10/3487
Catenhusen SPD

Antw PStSekr Würzbach BMVg 10736D

ZusFr Catenhusen SPD 10737A

Finanzielle Benachteiligung von Familien durch die Einkommensgrenze für Kindergeld

MdlAnfr 65, 66 14.06.85 Drs 10/3487
Dr. Klejdzinski SPD

Antw PStSekr Frau Karwatzki BMJFG . 10737B

ZusFr Dr. Klejdzinski SPD 10737D

Nächste Sitzung 10753C

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten 10755*A

Anlage 2

Beteiligung der DDR an einer europäischen Technologiegemeinschaft

MdlAnfr 4 14.06.85 Drs 10/3487
Dr. Schierholz GRÜNE

SchrAntw PStSekr Dr. Probst BMFT . 10755*B

Anlage 3

Belastung der Gemeindehaushalte durch die geplante Änderung unterhaltsrechtlicher Vorschriften des BGB

MdlAnfr 2 14.06.85 Drs 10/3487
Frau Dr. Lepsius SPD

SchrAntw PStSekr Erhard BMJ . . . 10755*C

Anlage 4

Berufliche Fortbildungsmaßnahmen für Schreibkräfte und Sekretärinnen im Dienst des Bundes

MdlAnfr 23, 24 14.06.85 Drs 10/3487
Frau Männle CDU/CSU

SchrAntw PStSekr Dr. Fröhlich BMI . 10755*D

Anlage 5

Beschleunigung der Bearbeitung der Anträge auf Lohnsteuer-Jahresausgleich

MdlAnfr 27, 28 14.06.85 Drs 10/3487
Kirschner SPD

SchrAntw PStSekr Dr. Häfele BMF . . 10756*B

Anlage 6

Haltung der Bundesregierung zum NRW-Entschließungsantrag betr. ärztliche Vorprüfung der Medizinstudenten im März 1985

MdlAnfr 64 14.06.85 Drs 10/3487
Fiebig SPD

SchrAntw PStSekr Frau Karwatzki BMJFG 10756*C

Anlage 7

Fortfall des Ausgucks in der Nacht auf Seeschiffen

MdlAnfr 74, 75 14.06.85 Drs 10/3487
Hettling SPD

SchrAntw PStSekr Dr. Schulte BMV . 10756*C

Anlage 8

Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche Beförderungspreise innerhalb der Bundesrepublik Deutschland für bayerische und österreichische Spanplattenhersteller

MdlAnfr 76 14.06.85 Drs 10/3487
Dr. Jobst CDU/CSU

SchrAntw PStSekr Dr. Schulte BMV . 10757*A

(A) (C)

145. Sitzung

Bonn, den 19. Juni 1985

Beginn: 13.00 Uhr

Vizepräsident Westphal: Meine Damen und Herren; die Sitzung ist eröffnet.

Am 18. Juni 1985 hat der Abgeordnete Roland **Vogt** (Kaiserslautern) auf die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag verzichtet. Als sein Nachfolger hat am gleichen Tag der Abgeordnete Willi **Tatge** die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag erworben. Ich begrüße den neuen Kollegen in unserem Hause und wünsche gute Zusammenarbeit.

Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Fragestunde

— Drucksache 10/3487 —

(B) Ich rufe den Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz auf. Zur Beantwortung der Fragen steht der Parlamentarische Staatssekretär Herr Erhard zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 1 des Abgeordneten Schreiner auf:

> Wann gedenkt die Bundesregierung den Standort für das computergestützte Auskunftssystem für juristische Informationen in der Bundesrepublik Deutschland (JURIS) endgültig festzulegen, und ist es realistisch, daß Saarbrücken Standort des Systems wird?

Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Erhard, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz: Herr Kollege Schreiner, ich antworte auf Ihre Frage wie folgt: Die Bundesregierung hat sich am 27. November 1984 eindeutig und endgültig unter vielen Bewerberstädten für **Saarbrücken** als künftigen **Standort des Juristischen Informationssystems JURIS** entschieden. Sie ist nach wie vor der Auffassung, daß Saarbrücken gute Bedingungen für den Betrieb von JURIS bieten wird. Saarbrücken wird deshalb Standort des Systems bleiben.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage, Herr Schreiner.

Schreiner (SPD): Herr Staatssekretär, kann man damit Meldungen des „Handelsblatts" vom 11. April dieses Jahres als gegenstandslos ansehen, wo geschrieben wurde, daß über den Standort Saarbrükken das Bundeskabinett noch nicht das letzte Wort gesprochen habe?

Erhard, Parl. Staatssekretär: Das ist eine Fehlinformation.

Vizepräsident Westphal: Die zweite Zusatzfrage, bitte.

Schreiner (SPD): Wann könnte vom zeitlichen Ablauf her JURIS in Saarbrücken die Arbeit aufnehmen?

Erhard, Parl. Staatssekretär: Sowohl das Bundesministerium der Justiz hier wie auch das Landesjustizministerium in Saarbrücken haben je einen Arbeitsstab gebildet. Die beiden Stäbe haben ihre Arbeit aufgenommen und sind dabei, den Umzug vorzubereiten. Der Raumbedarf ist in den beteiligten (D) Kreisen von Handwerk und Wirtschaft ausgeschrieben worden. Wir gehen davon aus, daß in diesem und dem nächsten Jahr der Umzug stattfindet, so daß 1987 JURIS in Saarbrücken die Arbeit aufnehmen kann.

Vizepräsident Westphal: Die Frage 2 der Abgeordneten Frau Dr. Lepsius soll auf Wunsch der Fragestellerin schriftlich beantwortet werden. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

Damit sind wir schon am Ende des Geschäftsbereichs des Bundesministers der Justiz. Ich danke Ihnen für die Beantwortung der Frage, Herr Erhard.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen. Zur Beantwortung steht der Parlamentarische Staatssekretär Herr Rawe zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 3 des Abgeordneten Grünbeck auf:

> Sind der Bundesregierung Bürgerbeschwerden bekannt, wonach Briefkästen der Deutschen Bundespost durch zu große Zeitabstände bei der Leerung derartig überfüllt sind, daß das Entnehmen von Briefen möglich und damit das Postgeheimnis nicht mehr gewährleistet ist, und welche Gegenmaßnahmen erwägt sind?

Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Rawe, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen: Herr Kollege Grünbeck, der Bundesregierung ist bekannt, daß es in der Vergangenheit vereinzelt Hinweise von Postkunden auf **überfüllte Briefkästen** gegeben hat.

Parl. Staatssekretär Rawe

(A) Derartige Vorfälle sind jedoch nicht etwa eine Folge zu großer Zeitabstände zwischen den Kastenleerungen. Vielmehr sind sie erfahrungsgemäß darauf zurückzuführen, daß entweder einzelne Kunden größere Mengen Briefsendungen in den betreffenden Briefkasten eingeworfen haben oder eine großformatige Sendung auf Grund ihrer Abmessungen im oberen Teil des Briefkastens hängengeblieben ist. Die Postämter gehen solchen Hinweisen jeweils sofort nach und sorgen durch entsprechende Maßnahmen für eine Beseitigung des Mangels. Dabei werden gegebenenfalls auch die in Betracht kommenden Kunden unter Erläuterung des Sachverhalts gebeten, größere Sendungsmengen und sperrige Briefsendungen künftig unmittelbar am Postschalter einzuliefern.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage, Herr Grünbeck.

Grünbeck (FDP): Herr Staatssekretär, vor unserem Bundeshaus ist ein Briefkasten für Abgeordnetenpost. Er ist regelmäßig überfüllt. In Bonn gibt es mehrere solche Briefkästen, bei denen für die dort eingeworfenen Sendungen das Postgeheimnis für meine Begriffe besonders wichtig, aber nicht gewährleistet ist, weil sie jeden Abend überfüllt sind.

Rawe, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, mir ist dieser Sachverhalt in dieser Form im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bekannt; aber ich nehme Ihre Anregung selbstverständlich gerne auf, auch heute (B) noch das Postamt hier anzuweisen, dies künftig genau zu überwachen.

Vizepräsident Westphal: Keine weitere Zusatzfrage. Dann sind wir auch hier am Ende des Geschäftsbereichs. Ich danke Herrn Rawe für die Beantwortung der Fragen.

Den Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie brauche ich nicht aufzurufen, weil der Fragesteller der Frage 4, der Abgeordnete Dr. Schierholz, um schriftliche Beantwortung gebeten hat. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

Ich komme zum Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern.

Da der Abgeordnete Dr. Hirsch nicht im Raum ist, wird seine Frage 22 entsprechend der Geschäftsordnung behandelt.

Die Fragen 23 und 24 der Abgeordneten Frau Männle sollen schriftlich beantwortet werden. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Ich komme zur Frage 25 des Abgeordneten Ströbele, der auch nicht im Raum ist. Somit werden auch die Fragen 25 und 26 des Abgeordneten Ströbele entsprechend der Geschäftsordnung behandelt.

Es tut mir leid. War das Ihr letzter Auftritt bei uns?

(Staatssekretär Dr. Fröhlich: Ja!)

— Ich wünsche Ihnen alles Gute, Herr Dr. Fröhlich, im Ruhestand, der Ihnen bevorsteht.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen. Zur Beantwortung der Fragen steht Herr Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Häfele zur Verfügung. (C)

Der Abgeordnete Kirschner hat gebeten, daß seine Fragen 27 und 28 schriftlich beantwortet werden. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Ich rufe die Frage 29 des Abgeordneten Braun auf:

> Trifft es zu, daß Wasseranschlußbeiträge auf Grund eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts nicht umsatzsteuerpflichtig sind, die Finanzverwaltung jedoch weiterhin an der Auffassung festhält, die Wasseranschlußbeiträge als Entgelte für steuerpflichtige Leistungen anzusehen?

Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Dr. Häfele, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen: Herr Kollege Braun, es trifft zu, daß das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil vom 19. März 1982 die Auffassung vertreten hat, **Wasseranschlußbeiträge** seien kein Entgelt für eine umsatzsteuerbare Leistung des Wasserversorgungsunternehmens. Zwischen den obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder besteht Einvernehmen, das Urteil in der Praxis nicht anzuwenden.

Die **Umsatzsteuer** wird nach dem Entgelt bemessen. Entgelt ist nach § 10 Abs. 1 Satz 2 des Umsatzsteuergesetzes alles, was der Leistungsempfänger aufwendet, um die Leistung zu erhalten. Nach Auffassung der Bundesregierung wendet der Leistungsempfänger den Wasseranschlußbeitrag auch (D) für die Wasserlieferung auf. Dies entspricht der langjährigen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs und der Finanzgerichte. Die Finanzverwaltung folgt daher weiterhin dieser Rechtsprechung.

Einem Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 15. Dezember 1982, also rund neun Monate nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, ist zu entnehmen, daß das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts auch in der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte selbst auf Kritik stößt.

Bei den Spitzenverbänden der Versorgungswirtschaft findet die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts ebenfalls keine Zustimmung.

Vizepräsident Westphal: Herr Braun, eine Zusatzfrage, bitte schön.

Braun (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, würden Sie mir zustimmen, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es den Grundsätzen der Steuergerechtigkeit widerspricht, wenn informierte Abnehmer die Bescheide erfolgreich anfechten können und nichtinformierte Abnehmer die Umsatzsteuer zahlen?

Dr. Häfele, Parl. Staatssekretär: Vielleicht können auch die Fragestunde und Ihre Frage dazu beitragen, die Öffentlichkeit aufzuklären. Es ist natürlich immer ein gewisses Problem, wenn eine unklare Rechtsprechung besteht — hier auf der einen Seite das Bundesverwaltungsgericht, auf der anderen Seite der Bundesfinanzhof —, daß Informierte et-

Parl. Staatssekretär Dr. Häfele

(A) was mehr Möglichkeiten haben. Das ist leider immer so.

Vizepräsident Westphal: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Braun.

Braun (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, besteht für die Bundesregierung die Möglichkeit, daß sie von sich aus eine Klärung durch den Bundesfinanzhof herbeiführt?

Dr. Häfele, Parl. Staatssekretär: Damit bin ich an sich schon bei der Beantwortung Ihrer zweiten Frage. Wenn Sie einverstanden sind, darf ich vielleicht Ihre zweite Frage beantworten.

Vizepräsident Westphal: Dann rufe ich auch die Frage 30 des Abgeordneten Braun auf:

> Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die entstandene Rechtsunsicherheiten zu beenden?

Dr. Häfele, Parl. Staatssekretär: Die Bundesregierung ist daran interessiert, in der Frage der umsatzsteuerlichen Behandlung der Wasseranschlußbeiträge möglichst bald Klarheit zu schaffen. Sie steht mit den Spitzenverbänden der Versorgungswirtschaft in Verbindung. Durch ein Musterrechtsmittel soll versucht werden, so schnell wie möglich eine erneute Entscheidung des Bundesfinanzhofs zu erhalten. Mit den obersten Finanzbehörden der Länder ist vereinbart worden, daß bis zu einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs hinsichtlich der streitigen Beträge Aussetzung der Vollziehung ge-

(B) währt werden kann.

Durch die Beantwortung dieser Frage und durch Ihre Fragestellung ist damit auch in der Öffentlichkeit klargestellt, daß alle Bürger diese Möglichkeit haben.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage, Herr Braun.

Braun (CDU/CSU): Wie würde die Bundesregierung die Situation beurteilen, falls der Bundesfinanzhof in einem Urteil die Auffassung der Finanzverwaltung bestätigen würde?

Dr. Häfele, Parl. Staatssekretär: Wenn eine Entscheidung ergeht, die wir so nicht erwartet hatten, muß man das natürlich gründlich prüfen. Wenn der Bundesfinanzhof hier von seiner bisherigen Rechtsprechung abginge und insofern dann in Übereinstimmung mit dem Bundesverwaltungsgericht stünde, wäre schon ernsthaft zu überlegen, ob man die bisherige Handhabung noch aufrechterhalten kann. Das müßte dann geprüft werden.

Vizepräsident Westphal: Herr Braun, Sie haben noch eine Zusatzfrage. Bitte.

Braun (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, sind Sie mit mir der Meinung, daß es auch im Sinne der Verwaltungsvereinfachung wäre, wenn man nicht durch diese Handhabung, wie sie heute in der Praxis noch vorhanden ist, geradezu Prozesse herausforderte, d. h., könnte hier nicht durch eine Klärung auch eine Verwaltungsvereinfachung herbeigeführt werden?

Dr. Häfele, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Braun, Sie haben recht. Aber wir haben eben leider die Entwicklung, daß wir auf vielen Gebieten so viel geregelt haben, daß notgedrungen Streitfragen entstehen. Hier haben wir den leidigen Fall, daß zwei höchste Gerichte eine Sache verschieden beurteilen, und das ist immer eine mühsame Angelegenheit. (C)

Vizepräsident Westphal: Wir kommen dann zur Frage 31 des Abgeordneten Stiegler, den ich nicht im Saal sehen kann. Die Frage wird der Geschäftsordnung gemäß behandelt.

Ich rufe die Frage 32 des Abgeordneten Dr. Weng (Gerlingen) auf. — Auch er ist nicht da. Es wird entsprechend verfahren.

Damit sind wir — es tut mir leid — am Ende des Geschäftsbereichs des Bundesministers der Finanzen. Vielen Dank, Herr Dr. Häfele, für die Beantwortung der Fragen.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft. Zur Beantwortung der Fragen steht Herr Dr. Sprung, Parlamentarischer Staatssekretär beim Wirtschaftsminister zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 33 des Abgeordneten Michels auf. — Auch er ist nicht anwesend. Dann wird mit Frage 33 ebenso wie mit Frage 34 nach der Geschäftsordnung verfahren.

Ich rufe die Frage 35 des Abgeordneten Wolfram (Recklinghausen) auf:

> Teilt die Bundesregierung — vor allem der Bundesminister für Wirtschaft — uneingeschränkt und ohne jeden Vorbehalt alle Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Finanzen Dr. Voss im „Bonner Energie-Report" vom 3. Juni 1985 — wiedergegeben in den „BMF-Nachrichten" Nr. 18/85 vom 7. Juni 1985 — zu dem Thema „Können wir die Kohle weiter wie bisher bezahlen", und, wenn nein, in welchen Aussagen decken sich die Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss nicht mit den Auffassungen der Bundesregierung? (D)

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Herr Kollege Wolfram, die Bundesregierung sieht im Beitrag der deutschen Kohle zur Deckung unseres Energiebedarfs ein unverzichtbares Element der Versorgungssicherheit. Ihre Politik ist darauf ausgerichtet, die Wettbewerbsposition der deutschen Kohle zu stützen. Dies muß in möglichst weitgehendem Einklang mit den Bedürfnissen der deutschen Volkswirtschaft insgesamt geschehen.

Der Bundeskanzler hat in seiner Rede vom November 1984 vor der IGBE in diesem Sinne darauf hingewiesen, daß die Maßnahmen zugunsten der Kohle im Verhältnis zu anderen politischen Anforderungen gesehen werden müssen. Zur Kontinuität der Kohlepolitik gehört daher auch, daß sie die Knappheit öffentlicher Mittel zu berücksichtigen hat. Dies hat die Kohlerunde 1983 ausdrücklich festgehalten.

Auch der Steinkohlebergbau kann nicht von der Politik der Haushaltskonsolidierung und des Subventionsabbaus ausgespart werden. Er muß seinerseits alle zumutbaren Anstrengungen unternehmen, um seine Kosten so niedrig wie möglich zu

Parl. Staatssekretär Dr. Sprung

(A) halten und damit die finanziellen Risiken für die öffentliche Hand verläßlich zu mindern.

Der Beitrag von Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Voss „Können wir die Kohle weiter wie bisher bezahlen?" liegt in diesem Rahmen der **Kohlepolitik.**

Vizepräsident Westphal: Eine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Wolfram.

Wolfram (Recklinghausen) (SPD): Herr Parlamentarischer Staatssekretär, sehen Sie in dieser Feststellung nicht einen Widerspruch zu den eben im Wirtschaftsausschuß getroffenen Feststellungen, nach denen es noch keine Festlegung der Bundesregierung in der Frage der Behandlung von Kohleexporten in die Länder der EG gibt, wer hat den Parlamentarischen Staatssekretär Voss bevollmächtigt, eine solche Aussage mit diesem Ankündigungseffekt zu machen, und teilen Sie nicht meine Auffassung, daß zur Stabilität nicht nur die Stabilität des Haushalts, sondern auch die Stabilisierung von Arbeitsplätzen gehört?

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Wolfram, ich habe in der letzten Stunde nicht mehr bei der Sitzung des Wirtschaftsausschusses anwesend sein können. Minister Bangemann hat in der Tat, wie ich inzwischen gehört habe, dazu Stellung bezogen. Sie haben eben das, was vorgetragen worden ist, wiedergegeben. Ich sehe die Ausführungen von Herrn Voss nicht im Widerspruch zu dem, was (B) Herr Minister Bangemann vorhin vorgetragen hat.

Vizepräsident Westphal: Eine weitere Zusatzfrage.

Wolfram (Recklinghausen) (SPD): Ich kann jetzt nicht in Frageform einen Streit über einen Dissens, der nach meiner Bewertung gegeben ist, führen, aber teilen Sie, Herr Staatssekretär, nicht meine Auffassung, daß die Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs Voss zu einer starken Beunruhigung vor allem in der Bergarbeiterschaft des Saarlandes, des Aachener Reviers und des Ruhrgebiets führen müssen, weil der Eindruck entsteht, daß die Bundesregierung hier erstmals die Katze aus dem Sack läßt, und weil damit — würde das so eintreten — die Vernichtung von weiteren 8 bis 10 Millionen t deutscher Förderkapazität mit der entsprechenden Vernichtung von Arbeitsplätzen verbunden wäre?

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Wolfram, ich darf darauf hinweisen, daß in der Kohlerunde 1983 zu dem Exportproblem schon Ausführungen gemacht, Feststellungen getroffen worden sind. Sie kennen den Text über das Ergebnis der Kohlerunde. Ich lese Ihnen noch einmal die entsprechenden Sätze vor:

> Längerfristig stehen für Kohleexporte, die kein Beitrag zur Sicherung der deutschen Energieversorgung sind, öffentliche Mittel nicht zur Verfügung. Besondere Lieferbeziehungen sollen hiervon nicht berührt werden.

Das, was Herr Voss zum Ausdruck gebracht hat, (C) liegt auf der Linie dieser Ausführungen.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage des Abgeordneten Schreiner.

Schreiner (SPD): Herr Staatssekretär, wenn ich Sie eben richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, die deutsche Steinkohle könne nicht von der Konsolidierungspolitik ausgespart bleiben und müsse daran beteiligt werden, die Risiken der öffentlichen Hand zu mindern. Ich frage nun: Wären Sie in der Lage, uns das volumenmäßig mitzuteilen, was die Bundesregierung im Hinterkopf trägt in bezug auf die finanziellen Auswirkungen von der Menge her, bezogen auf die deutsche Steinkohle und kann man aus Ihrer Formulierung schließen, daß sich die deutsche Steinkohle bislang nicht an einer Risikominderung für die öffentliche Hand beteiligt habe, und wenn ja, warum nicht?

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär: Nein, dies können Sie aus meinen Ausführungen nicht schließen. Die Aussagen, die gemacht worden sind, zeigen die Tendenz an. Es werden keine konkreten Zahlen genannt, es können auch keine konkreten Zahlen genannt werden.

Vizepräsident Westphal: Wir kommen zur Frage 36 des Abgeordneten Wolfram:

> Ist die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss „Für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit, auf die unser finanzpolitisches Handeln in der Kohlepolitik ausgerichtet ist, tragen hingegen Exporte deutscher Steinkohle nicht bei. Öffentliche Hilfen für eine dauernde Subventionierung von Kohleexporten sind dem Steuerzahler nicht länger zuzumuten" die Auffassung des Bundeskanzlers und der gesamten Bundesregierung, und sind die für 1986 vom Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister für Wirtschaft vereinbarten Kürzungen der „Kohlehilfen" bereits der erste Schritt in diese Richtung und mit der Konsequenz, daß damit die Stillegung von drei bis fünf weiteren Großschachtanlagen durch die Bundesregierung vorprogrammiert wird? (D)

Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Wolfram, die für das Jahr 1986 zwischen dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister für Wirtschaft vereinbarte **Kürzung des Titelansatzes „Kokskohlenbeihilfe"** hat mit dem Thema Abbau der Exporte nichts zu tun. Sie berücksichtigt, wie in der Presseerklärung des Bundesministers für Wirtschaft vom 5. Juni 1985 ausdrücklich klargestellt wurde, lediglich die in den ersten vier Monaten dieses Jahres deutlich gewordene Verbesserung der Wettbewerbssituation der heimischen Kohle gegenüber der Importkohle infolge des hohen Dollarkurses.

Im übrigen decken sich die zitierten Äußerungen des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss mit dem Inhalt der Erklärung der Bundesregierung in der Kohlerunde am 10. Oktober 1983. Dort ist festgestellt:

> Längerfristig stehen für Kohleexporte, die kein Beitrag zur Sicherung der deutschen Energieversorgung sind, öffentliche Mittel nicht zur

Parl. Staatssekretär Dr. Sprung

(A) Verfügung. Besondere Lieferbeziehungen sollen hiervon nicht berührt werden.

Ich habe diesen Text eben schon einmal vorgetragen.

Vizepräsident Westphal: Herr Wolfram, Zusatzfrage, bitte.

Wolfram (Recklinghausen) (SPD): Herr Parlamentarischer Staatssekretär, nachdem ich zunächst feststelle, daß Sie öffentlich diese Klarstellung bezüglich der 700 Millionen getroffen haben, wofür ich mich bedanke, frage ich Sie, ob nicht Ihre Aussage, Versorgungssicherheit beziehe sich nur auf das Gebiet der Bundesrepublik, eigentlich eine antieuropäische Aussage ist und sich gegen den Gemeinsamen Markt, gegen das Handeln und Denken und die Versorgungssicherheit für den Gemeinsamen Markt richtet? Denn im Krisenfalle ist eben dieses Europa gefragt. Wir sind dann nicht allein betroffen.

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Wolfram, das ist ganz sicher nicht der Fall. Sie wissen, daß, was die Exporte betrifft, auch in der EG Stimmen laut werden, die in eine ähnliche Richtung gehen.

Vizepräsident Westphal: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Wolfram.

Wolfram (Recklinghausen) (SPD): Herr Staatssekretär, ich habe Ihre Antwort beim besten Willen (B) nicht verstanden. Vielleicht verdeutlichen Sie die noch einmal in einer schriftlichen Antwort.

Ich möchte Sie noch einmal klar fragen: Steht diese Handlungsweise nicht im Widerspruch zu der Tatsache, daß wir auch für Kohle und Stahl einen Gemeinsamen Markt haben und daß die Kommission im Krisenfalle die Mangellage erklären und uns Lieferverpflichtungen auferlegen kann, obwohl es in Überschußzeiten keine Abnahmeverpflichtungen gibt, und müssen Sie nicht die Lieferungen, die Sie mit der Kokskohlebeihilfe versehen, an die deutsche Stahlindustrie genauso behandeln wie Lieferungen an die Länder der Europäischen Gemeinschaft?

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär: Herr Wolfram, die Beurteilung der Situation in der EG durch die EG-Kommission ist offenkundig eine andere als die, die Sie jetzt vornehmen.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage des Abgeordneten Vogel (München).

Vogel (München) (GRÜNE): Herr Staatssekretär, ich würde gern bei dieser ganzen Fragengeschichte ein bißchen Grund unter die Füße kriegen und möchte von Ihnen gerne wissen: Wieviel Millionen Tonnen Steinkohle wurden überhaupt exportiert, mit wieviel Subventionen, und — parallel dazu — wieviel Millionen Tonnen Steinkohle wurden importiert? Ist es nicht denkbar und sinnvoll oder strebt die Bundesregierung an, eine Substitution der Importe durch vermehrten Einsatz heimischer Steinkohle zu erreichen, so daß dadurch praktisch (C) Subventionen für den Kohleexport abgebaut werden könnten?

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär: Sie haben die Frage gestellt, wie hoch die Export- und die Importmengen sind. Ich kann Ihnen die Zahlen jetzt nicht nennen, bin aber gerne bereit, Ihnen diese Zahlen zur Verfügung zu stellen.

(Vogel [München] [GRÜNE]: Dafür wäre ich dankbar!)

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage des Abgeordneten Becker (Nienberge).

Becker (Nienberge) (SPD): Herr Staatssekretär, können wir davon ausgehen, daß die Bundesregierung nach wie vor an der Kohlevorrangpolitik festhält, und können wir des weiteren davon ausgehen, daß die Bundesregierung Bestrebungen der Kohle, im Wärmemarkt weiter voranzukommen, unterstützt?

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär: Herr Becker, dies ist so. Sie können davon ausgehen, daß die Bundesregierung diese Politik verfolgt und damit in der Kontinuität der Energiepolitik bleibt.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage des Abgeordneten Wieczorek.

Wieczorek (Duisburg) (SPD): Herr Staatssekretär, haben Sie einen Überblick darüber, wie sich die (D) Streichung der Kokskohlesubvention für den EG-Bereich auf das Arbeitsplatzangebot und auf mögliche Zechenschließungen auswirkt?

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, einen Überblick darüber habe ich nicht. Das hängt von der Entwicklung des Marktes, von der Entwicklung des Absatzes ab. Darüber kann man heute nur spekulieren. Man kann nicht sagen, welche Wirkungen das letzten Endes auf den Absatz haben wird.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage des Abgeordneten Müller (Wadern).

Müller (Wadern) (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, können Sie auch hier im Plenum noch einmal die Aussagen des Bundeswirtschaftsministers im Ausschuß von eben bestätigen, daß an der Grundlage der Kohlepolitik der Bundesregierung nichts geändert wird und daß auch insbesondere der Ansatz im Haushaltsplan des Wirtschaftsministeriums bezüglich der jetzt ins Auge gefaßten Kokskohlebeihilfe keine Plafondierung erfährt?

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Müller, dies beides habe ich getan. In den beiden Antworten ist dies noch einmal deutlich geworden. An der Kohlevorrangpolitik und auch an den anderen Maßnahmen ändert sich nichts. Was den Haushaltsansatz betrifft, so hat der Herr Bundeswirtschaftsminister dazu die nötigen Erklärungen im Ausschuß gegeben.

(A) **Vizepräsident Westphal:** Zusatzfrage des Abgeordneten Schreiner.

Schreiner (SPD): Darf ich diesen Ausführungen entnehmen, daß die Äußerungen von Herrn Dr. Voss private Meinung von ihm gewesen sind?

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, was die Ausführungen des Kollegen Voss betrifft, so habe ich dazu Entsprechendes gesagt. Herr Voss ist nicht über das hinausgegangen, was in der Kohlerunde 1983 festgestellt worden ist.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage des Abgeordneten Gansel.

Gansel (SPD): Herr Staatssekretär, können Sie bestätigen, daß die Kürzung von Lieferungen an die EG in Höhe von 8 Millionen t zur Schließung von 4 bis 5 Zechen führen kann und gehört es nicht zu einer verantwortlichen Politik, nicht nur auf Risiken des Marktes hinzuweisen, sondern sich auch um die Arbeitsplatzrisiken zu kümmern?

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Gansel, ich kann dies nicht bestätigen. Zunächst einmal ist festzuhalten, daß es zu diesem Rückgang der Exporte, wie Sie das unterstellt haben, noch nicht gekommen ist,

(Lachen bei der SPD)

daß auch nicht konkrete Entscheidungen anstehen, sondern daß es sich darum handelt — und auch nur (B) dies ist von Herrn Voss zum Ausdruck gebracht worden —, daß längerfristig für Kohleexporte, die kein Beitrag zur Sicherung der deutschen Energieversorgung sind, öffentliche Mittel nicht zur Verfügung stehen. Nichts sonst ist bisher gesagt worden.

(Gansel [SPD]: Das ist ja allerhand!)

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Blunck.

Frau Blunck (SPD): Herr Staatssekretär, hat die Bundesregierung denn Vorsorge dafür getroffen, daß dann, wenn die von Herrn Gansel befürchteten Auswirkungen eintreten, die Arbeitnehmer wieder in Lohn und Brot kommen, und gehört das nicht zu Ihren Obliegenheiten?

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, dies sind spekulative Annahmen, wie Sie ja auch selber zum Ausdruck bringen: befürchtete Auswirkungen; dies ist die Meinung von Herrn Gansel.

Vizepräsident Westphal: Wir kommen zur Frage 37 des Abgeordneten Catenhusen. — Er ist nicht im Saal. Die Frage wird der Geschäftsordnung gemäß behandelt.

Ich rufe die Frage 38 der Abgeordneten Frau Dr. Hamm-Brücher auf:

> Beabsichtigt die Bundesregierung, Waffenexporte nach Saudi-Arabien über Kooperations-Abkommen mit Frankreich bzw. Großbritannien zuzulassen?

Bitte schön, Herr Parl. Staatssekretär.

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, (C) die Bundesregierung richtet sich beim Export aus Koproduktion mit NATO-Partnern nach den rüstungsexportpolitischen Grundsätzen von 1982. Danach wird dem Kooperationsinteresse grundsätzlich Vorrang eingeräumt. Exporte aus Gemeinschaftsproduktion durch das Kooperationspartnerland erfolgen in dessen eigener Verantwortung und Zuständigkeit. Die Bundesregierung hat sich jedoch vorbehalten, bestimmten Exportvorhaben im Konsultationswege entgegenzutreten.

Diese Grundsätze gelten auch für etwaige **Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien.**

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage, Frau Dr. Hamm-Brücher.

Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP): Haben entsprechende Konsultationsverfahren für **Kooperationsvereinbarungen** für Waffenexporte nach Saudi-Arabien bereits stattgefunden, oder stehen sie bevor?

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, die Bundesregierung hat in der Vergangenheit wiederholt von der Möglichkeit der Konsultation Gebrauch gemacht. Ich bitte jedoch um Verständnis dafür, daß ich keine Einzelheiten nennen kann, denn Rüstungsexportpolitik eines Kooperationspartnerlandes ist Teil seiner Außenpolitik. Etwaige Aussagen hierzu berühren die Souveränität des exportierenden Landes. Es kann nicht Sache der Bundesregierung sein, hierzu in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen. (D)

Vizepräsident Westphal: Weitere Zusatzfrage, Frau Dr. Hamm-Brücher.

Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP): Herr Staatssekretär, wir stimmen sicher überein, daß die Frage des Waffenexports — direkt oder indirekt — nach Saudi-Arabien für uns von besonderer Delikatesse ist. Ich frage Sie jetzt abermals: Hat es in Fragen von Waffenexporten nach Saudi-Arabien Konsultationen mit der Bundesregierung gegeben oder nicht?

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, ich habe Ihnen auf diese Frage eben geantwortet. Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit wiederholt von der Möglichkeit von Konsultationen Gebrauch gemacht.

(Frau Dr. Hamm-Brücher [FDP]: In dieser Frage?)

— In der Frage von Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage, Herr Dr. Hirsch.

Dr. Hirsch (FDP): Herr Staatssekretär, wenn es also Kooperationen gibt — wie ich Ihrer Antwort entnehmen muß —, die den Export von Waffen nach Saudi-Arabien beinhalten, dann würde es ja sicherlich nicht die Souveränität des betreffenden Landes beeinträchtigen, wenn Sie uns mitteilen, um welche Waffen es sich handelt.

(A) **Dr. Sprung,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Hirsch, das Ziel der Zusammenarbeit sind nicht Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien gewesen, sondern Kooperation im rüstungswirtschaftlichen Bereich.

Ich bin gerne bereit, in den zuständigen parlamentarischen Gremien zu Einzelfällen Stellung zu nehmen, aber hier im Plenum des Deutschen Bundestages möchte ich das nicht tun.

(Dr. Hirsch (FDP): Die Frage ging nach den Waffenarten!)

— Auch dazu ist die Bundesregierung gerne bereit in den entsprechend zuständigen Ausschüssen des Bundestages Rede und Antwort zu stehen.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage des Abgeordneten Gansel.

Gansel (SPD): Herr Staatssekretär, da Minister Schäuble heute den Auswärtigen Ausschuß informieren wird, haben Sie gute Gelegenheit, Ihr Versprechen einzulösen und dazuzukommen.

Ich frage Sie aber hier öffentlich. Da ja die Haltung der Bundesrepublik keine Frage ist, die die Souveränität Frankreichs betrifft, sondern Ihre Bereitwilligkeit, gegenüber dem Parlament Auskunft zu geben: Welche Haltung hat die Bundesregierung denn bei dem Export von französischen Panzern nach Saudi-Arabien eingenommen, für die aus der Bundesrepublik Motoren geliefert werden sollen?

(B) **Dr. Sprung,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Gansel, ich bringe noch einmal die Bereitschaft der Bundesregierung zum Ausdruck, über Einzelheiten in den zuständigen Ausschüssen entsprechend Auskunft zu geben.

(Gansel [SPD]: Also geht es doch nicht um die Souveränität! Nun seien Sie einmal souverän!)

Vizepräsident Westphal: Augenblick. — Es wäre ja ganz gut, wenn wir das so machen könnten, aber wir haben hier Fragestunde.

Jetzt hat zu einer Zusatzfrage der Abgeordnete Oostergetelo das Wort.

Oostergetelo (SPD): Herr Staatssekretär, Sie haben soeben die Konsultationen mit Saudi-Arabien zugegeben.

(Parl. Staatssekretär Dr. Sprung: Nein!)

Habe ich das richtig verstanden?

(Parl. Staatssekretär Dr. Sprung: Nein!)

— Aber die Gespräche mit Saudi-Arabien im Gesamtrahmen haben Sie zugegeben. Haben diese Gespräche — —

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär: Auch dies ist nicht richtig, Herr Kollege. Es geht um Konsultationen mit dem Kooperationspartner über Lieferungen dieses Kooperationspartners an Saudi-Arabien. Es geht nicht um Gespräche mit Saudi-Arabien.

Oostergetelo (SPD): Herr Präsident, da meine Frage nicht zu Ende war: Darf ich — —

Vizepräsident Westphal: Ich gebe Ihnen das Recht, die Frage noch zu Ende zu stellen. (C)

Oostergetelo (SPD): Herr Staatssekretär, ich möchte wissen, ob Sie über diese Konsultationen auch mit Israel gesprochen haben.

Dr. Sprung, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, noch einmal: Es geht bei diesen Konsultationen darum, daß mit dem Kooperationspartner über dessen Waffenexporte nach Saudi-Arabien gesprochen wird. Nur darum geht es. Da ist kein Raum für Gespräche mit anderen Staaten.

Vizepräsident Westphal: Meine Damen und Herren, wir sind am Ende des Geschäftsbereichs des Bundesministers für Wirtschaft. Ich bedanke mich beim Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Sprung für die Beantwortung der Fragen.

Wir kommen nun zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Zur Beantwortung der Fragen steht der Parlamentarische Staatssekretär Gallus zur Verfügung.

Die Frage 39 des Abgeordneten Carstensen (Nordstrand) ist zurückgezogen worden.

Ich rufe die Frage 40 des Abgeordneten Oostergetelo auf:

> Wie vereinbart sich der von Bundeskanzler Dr. Kohl während der Aktuellen Stunde zur Europapolitik am 22. Mai 1985 geäußerte Vorwurf, die SPD habe in der Vergangenheit nichts oder zu wenig dafür getan, daß der sogenannte positive Grenzausgleich abgebaut werde, mit der derzeitig verbreiteten Erfolgsmeldung des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, daß es ihm gelungen sei, den für dieses Jahr vorprogrammierten weiteren Abbau des deutschen Grenzausgleichs zu verhindern? (D)

Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Gallus, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Kollege Oostergetelo, in der angesprochenen **Äußerung des** Herrn **Bundeskanzlers** während der Aktuellen Stunde am 22. Mai 1985 ist kein Widerspruch **zur Bewertung des Verhandlungsergebnisses bezüglich des Währungsausgleichs** zu sehen. Die Kritik des Bundeskanzlers richtete sich darauf, daß die SPD-geführte Bundesregierung zum einen eine hinhaltende Abbaubereitschaft gezeigt und zum anderen den tatsächlichen Abbau ohne Einkommensausgleich hingenommen hat. Dies hat auch dazu beigetragen, daß die deutsche Landwirtschaft — trotz meist hoher positiver Währungsausgleichsbeträge — im europäischen Einkommensvergleich auf den vorletzten Platz abgerutscht ist.

Inzwischen ist eine Umstellung im System erfolgt. Jetzt können keine neuen **positiven Grenzausgleichsbeträge** mehr entstehen. Beim 5%igen Abbau des bestehenden Währungsausgleichs zum 1. Januar 1985 haben wir einen vollen nationalen Ausgleich über die Mehrwertsteuer vorgenommen. Bei der Systemumstellung haben wir für den Abbau des restlichen Währungsausgleichs von rund 2 % bis 3 % eine dreijährige Abbaufrist vereinbart. Beim Abbau ist das von der früheren Bundesregierung vereinbarte Prinzip des sogenannten Gentleman's Agreement zu beachten. Danach darf der Abbau

Parl. Staatssekretär Gallus

(A) nicht zu nominellen Preissenkungen führen. Ferner ist die Einkommenslage zu berücksichtigen. Der Vorschlag der EG-Kommission, bei Milch und Getreide einen Abbau auf 1,8 %, d. h. um 1,1 % bzw. 0,6 %, vorzunehmen, stand eindeutig im Widerspruch zu den vereinbarten Abbauregelungen. Deshalb haben wir uns konsequenterweise mit allem Nachdruck gegen diesen Abbauschritt gewehrt und ihn auch mit Erfolg abwehren können.

Vizepräsident Westphal: Bevor ich das Wort weitergebe, darf ich dahinten um ein bißchen Ruhe bitten, damit der Staatssekretär in Ruhe antworten kann und nicht andere übertönen muß.

Herr Oostergetelo, zu einer Zusatzfrage.

Oostergetelo (SPD): Herr Staatssekretär, kann die diesjährige Verhandlungslinie der Bundesregierung, den Rest des positiven Grenzausgleichs zu bewahren, verallgemeinernd so interpretiert werden, daß auch die Bundesregierung den Grenzausgleich als Instrument zur Stützung der landwirtschaftlichen Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland betrachtet?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Nein, so kann man das nicht verallgemeinern, Herr Kollege.

Vizepräsident Westphal: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Oostergetelo.

Oostergetelo (SPD): Herr Staatssekretär, teilt die (B) Bundesregierung denn nicht die Meinung, daß der Mehrzahl der EG-Partner — nicht aber der Bundesrepublik — in der Zukunft ein Instrument zur Verfügung stehen wird, um mit dem Abbau des negativen Grenzausgleichs zusätzliche Einkommensverbesserungen für ihre Landwirte vorzunehmen, und wie bewerten Sie die Einstellung des Bundeskanzlers, der der Opposition vorwirft, den Grenzausgleich nicht genügend abgebaut zu haben?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, Tatsache ist, daß das alte System, von dem Sie hier glauben machen möchten, daß es keine Mängel gehabt hat, solche durchaus gehabt hat; ich habe das deutlich gemacht. Wir hätten nämlich zuletzt einen viel höheren positiven Grenzausgleich haben müssen, ungefähr 26 %. Tatsache ist, daß praktisch nur die Hälfte erreicht werden konnte. Der andere Teil ist in der Zwischenzeit — ohne Ausgleich für die Landwirtschaft — stillschweigend abgebaut worden.

Tatsache ist aber auch, daß wir von dem neuen System, das wir jetzt EG-weit eingeführt haben, bis heute noch nicht sagen können, wie es langfristig im einzelnen wirken wird. Es kommt vor allen Dingen darauf an, ob sich die Währungsrealitäten innerhalb der EG verändern oder nicht.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Blunck.

Frau Blunck (SPD): Herr Staatssekretär, gehe ich recht in der Annahme, daß Ihnen die Erkenntnis, daß das System Mängel gehabt hat, erst ziemlich spät gekommen ist? Denn es ist doch sicher richtig, (C) daß der vorherige Staatssekretär auch Gallus hieß.

Gallus, Parl. Staatssekretär: Ich habe nie behauptet, Frau Kollegin, daß in der sozial-liberalen Regierung keine Fehler gemacht worden seien oder sich alles ohne Mängel vollzogen habe. Dies gilt insbesondere in bezug auf die Agrarpolitik der EG, auf die wir eben nur einen anteilmäßigen Einfluß haben und hinsichtlich der die übrigen neun Staaten zur Meinungsbildung mit beitragen.

Vizepräsident Westphal: Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Gansel.

Gansel (SPD): Stimmt es, Herr Gallus, daß Sie an der Erblast, die Sie selbst produziert haben, schwer tragen?

(Heiterkeit bei der SPD)

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, was die Erblast anbetrifft, so bin ich mit ihr bis heute glänzend fertig geworden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Westphal: Nun kommen wir zur Frage 41 des Abgeordneten Oostergetelo:

> Ist die Bundesregierung tatsächlich der Meinung, daß die Einkommensentwicklung für die deutschen Bauern im EG-internen Vergleich in der Vergangenheit günstiger verlaufen wäre, wenn die jetzige Regelung, bei der ausschließlich negativer Grenzausgleich entstehen kann, gegolten hätte, insbesondere unter Würdigung des Gesichtspunktes, daß alle Mitgliedstaaten der EG — bis auf die Bundesrepublik Deutschland — durch den Abbau negativer Währungsausgleichsbeträge zusätzliche Einkommensverbesserungen für ihre Landwirtschaft realisieren können? (D)

Mal sehen, ob sie damit auch so glänzend fertig werden.

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, die Frage, ob die **Einkommensentwicklung für die deutschen Bauern** in der Vergangenheit im EG-Vergleich zur **Anwendung der jetzigen Währungsausgleichsregelung** günstiger verlaufen wäre, ist rein hypothetisch und kann deshalb so nicht beantwortet werden. Mit dem jetzigen System liegen noch nicht genügend Erfahrungswerte vor.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage, Herr Oostergetelo.

Oostergetelo (SPD): Herr Staatssekretär, da diese beiden Fragen im Zusammenhang stehen, darf ich Sie noch einmal fragen: Wie bewerten Sie denn die Äußerung des jetzigen Regierungschefs, der, an die Opposition gewandt, der damaligen Regierung vorwirft, sie habe ja den Grenzausgleich nicht genügend abgebaut, obwohl die jetzige Regierung zur gleichen Zeit in allen landwirtschaftlichen Blättern Wert darauf legt, mitzuteilen, daß sie 1,8% des Grenzausgleichs in diesem Jahr zugunsten der bäuerlichen Landwirtschaft verteidigt habe? Ist nun der Abbau des Grenzausgleichs in einem Jahr etwas anderes als im anderen Jahr?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich habe die Antwort eigentlich schon gegeben. Die

Parl. Staatssekretär Gallus

(A) Bundesregierung will der deutschen Landwirtschaft ja durch den Abbau des Grenzausgleichs keine Einkommenseinbußen zumuten. Deshalb ist ja die Vorsteuerpauschale um 5% angehoben worden. Ich habe Ihnen auch deutlich gemacht, daß der Rest unter Berücksichtigung des Gentlemen's Agreement abgebaut wird. Dies steht allerdings im engen Zusammenhang mit den jeweiligen Preisfestsetzungen. Nachdem aus allgemeinen Sparsamkeitsgründen in der EG in diesem Jahr beim Preis nicht viel drin ist, mußte auch ein Weg gefunden werden, den weiteren Abbau des Grenzausgleichs zu verlangsamen bzw. hinauszuzögern.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage, Herr Oostergetelo.

Oostergetelo (SPD): Herr Staatssekretär, da der radikale Abbau des Grenzausgleichs im vorigen Jahr um 8% — 5% werden ausgeglichen durch die Vorsteuerpauschale, die Sie insofern zu Recht erwähnt haben — ja doch beinhaltet, daß wir national bis 1991 20 Milliarden DM dafür gebrauchen werden, um das auszugleichen, was die Bauern verlieren würden, bestätigen Sie doch selber, daß der radikale Abbau des Grenzausgleichs ein großer Negativfaktor für die deutschen Einkommen sind. Wie kann dann der Bundeskanzler das Gegenteil behaupten? Oder können Sie ihm Nachhilfe geben?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, so eine Entscheidung kann erst im nachhinein vollzogen werden. Erst wenn die Zeit abgelaufen ist, können (B) wir unter dem Strich feststellen, wie das im einzelnen gelaufen ist, auch für die Einkommenssituation der Landwirtschaft.

Vizepräsident Westphal: Eine Zusatzfrage, Frau Blunck.

Frau Blunck (SPD): Herr Staatssekretär, habe ich Sie gerade richtig verstanden, daß Sie erklärt haben, das neue System könnten Sie noch nicht bewerten, aber das alte sei schlecht gewesen? Ist es weiterhin nicht herzlich gleichgültig, ob nach Währungsverschiebungen z. B. 3% positiver und 4% negativer Grenzausgleich abgebaut werden oder ob in einem Vorgang 7% negativer Grenzausgleich abgebaut werden, wenn die Auswirkungen auf die Relation der in Landeswährung gezahlten Preise im zwischenstaatlichen Vergleich die gleichen bleiben?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, zunächst einmal möchte ich hier mit aller Deutlichkeit feststellen, daß Sie aus meinen Antworten nicht entnehmen können, daß ich gesagt habe, das, was vorher war, sei schlecht gewesen, und das, was wir jetzt haben, sei absolut gut. Ich habe lediglich gesagt, daß das vorhergehende System nicht ohne Mängel gewesen ist. Das weiß jeder, der sich mit der Agrarpolitik befaßt. Ich habe gesagt, daß sich die jetzige Regelung nun differenziert so auswirkt, daß je nach der Währungsänderung in den einzelnen Ländern bei uns kein positiver Währungsausgleich mehr entsteht, aber negative Währungsausgleiche entstehen können. Wir gehen davon aus, daß wir hoffentlich in der Zukunft wenig Währungsänderungen in den Ländern haben werden, die bis jetzt sehr stark abgewertet haben. (C)

Vizepräsident Westphal: Das war's!

Die Frage 42 des Abgeordneten Stiegler ist zurückgezogen worden.

Dann kommen wir zur Frage 43 der Frau Abgeordneten Blunck.

> In welchen Zeitungen ist die ganzseitige Anzeige von Bundesminister Kiechle erschienen, in der sich der Minister an die Bäuerinnen und Bauern wendet, die Agrarpreisbeschlüsse des EG-Ministerrats vom 16. Mai 1985 erläutert, und welche Kosten wurden für die Anzeigenserie aufgewendet?

Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Gallus, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, die **Anzeige** ist **in** insgesamt **20 landwirtschaftlichen Fachzeitschriften** erschienen. Dies waren: „Bauernblatt für Schleswig Holstein", Rendsburg, „Bremer Landwirtschaftliche Rundschau", Bremen, „Land-Report", Hannover, „Das Landvolk", Hannover, „Hannoversche Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung", Hannover, „Landwirtschaftsblatt Weser-Ems", Oldenburg, „Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen-Lippe", Münster, „Landwirtschaftliche Zeitschrift Rheinland", Bonn, „Der Hessenbauer", Friedrichsdorf, „Rheinische Bauernzeitung", Koblenz, „Pfälzer Bauer", Kaiserslautern, „Der Landbote", Wiesbaden, „Saarländisches Bauernblatt", Saarbrücken, „Württembergisches Wochenblatt für Landwirtschaft", Stuttgart, „Schwäbischer Bauer", Ravensburg, „Badische Bauernzeitung", Freiburg, „Badisches Landwirtschaftliches Wochenblatt", Stuttgart, „Die Landpost", Konstanz, „Bayerisches Landwirtschaftliches Wochenblatt", München, und „Allgäuer Bauernblatt", Kempten. Die Kosten betrugen 73 822 DM. (D)

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage, Frau Blunck.

Frau Blunck (SPD): Herr Staatssekretär, können Sie mir mitteilen, aus welchen Haushaltstiteln im einzelnen die Kosten für die Anzeigenserie bestritten wurden?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Pressetitel — Öffentlichkeitsarbeit.

Vizepräsident Westphal: Weitere Zusatzfrage, Frau Blunck.

Frau Blunck (SPD): Herr Staatssekretär, würden Sie mir zustimmen, daß man bei einem Landwirtschaftsminister, der es nötig hat, mit so hohem Kostenaufwand in all diesen Zeitungen eine Mitteilung dergestalt, wie sie hier geschehen ist, zu veröffentlichen, Zweifel an seiner guten Verhandlungsführung haben kann?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Nein, Frau Kollegin, da stimme ich Ihnen nicht zu, weil hier eine außergewöhnliche Situation eingetreten ist. Sie ist mit der Situation vergleichbar, die wir vor 15 bis 18 Jahren gehabt haben, als in der EG ebenfalls um den zukünftigen Getreidepreis gerungen worden ist.

Parl. Staatssekretär Gallus

(A) Eine ähnliche Situation ist wiederum eingetreten. Deshalb war es angesichts dieser außergewöhnlichen Umstände richtig, der Landwirtschaft eine entsprechende Aufklärung zuteil werden zu lassen.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Oostergetelo.

Oostergetelo (SPD): Herr Staatssekretär, da in der Diskussion und auch in der Anzeigenaktion der Eckwert Getreidepreis so herausgestellt worden ist, frage ich Sie: Was haben eigentlich die 90 % der Bauern, die Getreide zufüttern, die Milchbauern oder die Getreidebauern davon, wenn es beim Getreidepreis um ganze 40 Pfennig pro Doppelzentner geht?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich glaube, es ist eine sehr vordergründige Betrachtung der Gesamtsituation, wenn man nur auf der Basis Ihrer beiden Fragen die Getreidepreise sieht. Man muß vielmehr die Gesamtentwicklung berücksichtigen, die Relation EG-Getreidepreis: Weltmarktpreis; denn das, was jetzt in Brüssel geschehen soll und möglicherweise trotz unseres Widerstandes auch geschehen wird, ist nur der Anfang einer Entwicklung hin zum Weltmarktpreis für Getreide. Manche gehen davon aus, daß wir dann in eine günstigere Situation kämen, auch was die Substitute betrifft. Das bestreite ich. Wenn das so wäre, hätten angesichts des hohen Dollarkurses die Substitute in Europa längst teurer werden müssen. Das Gegenteil ist der Fall gewesen. Wir sind also auf einer (B) Ebene angelangt, von der es nach unten gehen kann. Am Ende können wir die Konkurrenz mit Amerika dann nicht aushalten.

Wenn nun allerdings diese Politik von der Mehrheit der EG-Mitglieder getragen wird, wird am Ende dieser Politik die Frage stehen, welche Strukturen die europäische Landwirtschaft überhaupt noch wird erhalten können und welche nicht.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage, Herr Klejdzinski.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Staatssekretär, ist es, wenn man von der großen Anzahl der Bauern ausgeht, richtig, daß wie Sie behauptet haben, im Grunde genommen nur ein kleiner Kreis der Bauern von diesen Regelungen betroffen sei?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Entschuldigung, Herr Oostergetelo hat das behauptet. Ich habe gerade eine Erklärung abgegeben, die genau das Gegenteil zum Inhalt hatte, die sich auf die Gesamttendenz der Agrarpreissituation bezog, wie sie sich zwischen Europa, den Ländern der Dritten Welt und Amerika ergibt. Natürlich ist die Frage umstritten — das kann ich nicht bestreiten —, inwieweit sich der Getreidepreis auf das Gesamteinkommen der jeweiligen Sparten auswirkt. Da gibt es auch sehr unterschiedliche wissenschaftliche Auffassungen. Das ist auch seitens der sechs Professoren deutlich geworden, die eine grundlegend andere Auffassung in bezug auf die Verhandlung in Brüssel dargelegt haben, als sie von meinem Minister vertreten wird.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage des Abgeordneten Becker. (C)

Becker (Nienberge) (SPD): Herr Staatssekretär, Sie haben gesagt, daß sich die Getreidepreise trotz des deutschen Widerstandes, der ja durch das Veto augenscheinlich geworden ist, doch in der von der Kommission vorgesehenen Weise ändern werden. War es dann für die weitere europäische Entwicklung eigentlich richtig, dieses Veto überhaupt einzulegen, und hätte man das nicht in der Zeitungsanzeige erläutern können?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Ich bin der Auffassung, daß es notwendig war, ein Zeichen zu setzen. Inwieweit die Dinge dann im einzelnen von der Kommission vollzogen werden oder nicht, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Ein Verhandlungstermin ist auf Anfang Juli datiert. Dann kann, wie wir hoffen, über entsprechende Kompromisse verhandelt werden. Für die Bundesregierung war es entscheidend, einmal ein deutliches Zeichen zu setzen.

Vizepräsident Westphal: Ich rufe Frage 44 der Abgeordneten Frau Blunck auf:

> Welche Annahmen liegen den Angaben von Bundesminister Kiechle zugrunde, wonach die deutsche Landwirtschaft auf Grund der EG-Beschlüsse Einkommensverbesserungen von 2 v. H. bis 3 v. H. im Durchschnitt und von 4 v. H. bis 5 v. H. bei den Milchbauern erwarten kann, und kann die Bundesregierung dabei insbesondere die erwartete Entwicklung der Marktpreise erläutern?

Bitte schön, Herr Staatssekretär. (D)

Gallus, Parl. Staatssekretär: Wie nach früheren Preisbeschlüssen auch sind die isolierten **Preis- und Einkommenswirkungen** ermittelt worden, die sich **aus den Beschlüssen vom 16. Mai** kalkulatorisch ergeben. Danach wird damit gerechnet, daß auf Grund der Beschlüsse das durchschnittliche Stützungsniveau um etwa 0,5 % ansteigen wird. Zusammen mit den flankierenden Maßnahmen — insbesondere dem Abbau der Mitverantwortungsabgabe und der Verkürzung der Zahlungsfristen — errechnet sich daraus eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise um 0,9 %. Dieser Anstieg führt rechnerisch zu einer Verbesserung der Einkommen im Durchschnitt der Vollerwerbsbetriebe um 2 % bis 3 %.

Da sich die Erhöhung der Erzeugerpreise in erster Linie aus den Beschlüssen für Milch ergibt, liegt das Schwergewicht der Wirkungen bei den Futterbaubetrieben. Die genannten rechnerischen Auswirkungen sind nicht mit einer Vorschätzung der Einkommen gleichzusetzen. Die tatsächliche Preis- und Einkommensentwicklung im Wirtschaftsjahr 1985/86 hängt nicht nur von diesen Beschlüssen, sondern in stärkerem Maße von der Produktions- und Marktentwicklung sowie weiteren nationalen und EG-weiten agrarpolitischen Maßnahmen ab.

Die Bundesregierung kann zur Zeit keine Aussagen über die erwartete Entwicklung der Marktpreise machen. Das ist frühestens möglich, wenn zuverlässige Angaben über die Höhe der Ernte 1985 vorliegen.

(A) **Vizepräsident Westphal:** Frau Blunck zu einer Zusatzfrage; bitte.

Frau Blunck (SPD): Herr Staatssekretär, wäre es, wenn ich Ihre Antwort auf die erste Frage mit berücksichtige, die Anzeigenserie habe annähernd 100 000 DM gekostet, eigentlich nicht angebrachter, wenn der Landwirtschaftsminister in Zukunft — wenn er denn Madame Tessier als Horoskopdame Konkurrenz machen will — gleich ein derartiges Gutachten bei einem entsprechenden Wahrsager bestellte?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Das verstehe ich nun überhaupt nicht, Frau Kollegin.

(Lachen bei der SPD — Frau Blunck (SPD): Ich auch nicht!)

Ich will versuchen, auf Ihre Frage hin noch einmal zu bestätigen: Wenn Sie in Brüssel Preiserhöhungen von im Schnitt 1 % erzielen oder wenn die Preise um durchschnittlich 1 % zurückgehen, dann wirkt sich das bei den Einkommen mit 2 % bis 3 % aus. Das ist immer so gewesen. Genau das habe ich Ihnen konkret gesagt. Wenn Sie die Anzeige genau gelesen hätten, dann hätten Sie festgestellt, daß genau dies dort deutlich hervorgehoben worden ist. Es heißt dort, es sei bei der Milch mit Einkommensverbesserungen von 4 % bis 5 % zu rechnen. Dann wird die Garantiemengenregelung erläutert. Unter Ziffer 4 heißt es, bei den Einkommen in der deutschen Landwirtschaft insgesamt sei ein Plus von 2 % bis 3 % zu erwarten. Man muß eben zwischen der Einkommenswirkung im Milchbereich und allgemein (B) in der Landwirtschaft unterscheiden. Das habe ich auch ganz deutlich gemacht.

Vizepräsident Westphal: Eine weitere Zusatzfrage, Frau Blunck.

Frau Blunck (SPD): Herr Staatssekretär, will diese Bundesregierung weiterhin ihre Wunschvorstellungen — die ja nicht auf Tatsachen gegründet sind, denn all das, was in der Anzeige stand, beruht auf Annahmen — in Form von Anzeigen unter das Volk bringen und wie es jetzt geschehen ist, aus dem Titel Öffentlichkeitsarbeit mit rund 100 000 DM finanzieren, statt konkrete Politik zu betreiben?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, zum ersten hat die Anzeige rund 73 000 DM gekostet. Das sind knapp drei Viertel dessen, was Sie eben genannt haben. Zum zweiten haben Sie erklärt, die Bundesregierung wolle ihre Wunschvorstellungen unter das Bauernvolk bringen. Das ist schlicht nicht wahr. Denn in dieser Anzeige wird konkret dargelegt — das möchte ich an zwei Absätzen belegen —, wie die Verhandlungen gelaufen sind. Auch Sie wissen, wie schwierig die Verhandlungen gewesen sind. Der Bundeslandwirtschaftsminister hat gerade in diesem Teil der Verhandlungen Erfolge aufzuweisen, an deren Erreichbarkeit nach 70stündigen Verhandlungen viele nicht geglaubt haben.

Zunächst einmal wird der Währungsausgleich, über den wir vorhin diskutiert haben, nicht weiter abgebaut. Er sollte auf 1,8 % abgebaut werden. Das hätte bei der Milch noch einmal 1,1 Prozentpunkte und beim Getreide noch einmal 0,6 Prozentpunkte (C) weniger bedeutet, ganz konkret. Des weiteren wurde in bezug auf die Verrechnung bei der Milch erreicht, daß die Gelder, die die Bauern bei Überlieferung zahlen müssen, national zu weiteren Aktionen zum Herauskauf von Milch verwendet werden dürfen. Das soll das Gesetz regeln, über das wir heute morgen im Ernährungsausschuß gesprochen haben.

Sie können nicht behaupten, daß dem Volk hier Wunschvorstellungen nahegebracht worden sind. Hier wurden ganz konkret die Ergebnisse dargestellt, die erzielt worden sind, und diese sind beachtenswert.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Klejdzinski.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Staatssekretär, ausgehend von Ihren sachverständigen Antworten: Was kann ich beispielsweise den Bauern in meinem Wahlkreis sagen? Welche Vorteile haben beispielsweise die Bauern, die zufüttern, oder welche Vorteile haben die Grünlandbauern von den Brüsseler Agrarbeschlüssen?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Sie haben — erstens — den Vorteil, daß für kein Agrarprodukt bei dieser Preisrunde eine so gute Preisanhebung erzielt worden ist wie für die Milch. Zweitens gibt es eine Verkürzung der Zahlungsfrist bei der Übernahme der Interventionsprodukte, was sich höchstwahrscheinlich gerade in Ihrem Wahlkreis auswirken wird. (D) Drittens wird der Zeitraum für die Abrechnung für das, was jemand mehr oder weniger liefert, von einem Vierteljahr auf ein Jahr verlängert. Viertens: Nachdem wir die Gelder in der Größenordnung von 120 bis 150 Millionen DM, die die Bauern zahlen müssen, die zuviel liefern, nicht nach Brüssel abführen müssen, stehen sie für weitere Herauskaufaktionen zur Verfügung. Das bedeutet auf der anderen Seite, daß wir nun mehr Luft bekommen, um den Ländern Quoten für schwierige Fälle zur Verfügung zu stellen. Wie heute morgen der Herr Minister im Ernährungsausschuß angekündigt hat, werden es etwa 150 000 Tonnen sein. Somit können in Ihrem Wahlkreis weitere schwer betroffene Betriebe auf Grund dieser Situation mit zusätzlichen Quoten — wie in allen anderen Gebieten der Bundesrepublik — bedacht werden.

Vizepräsident Westphal: Jetzt kommt der Abgeordnete Oostergetelo zu einer Zusatzfrage.

Oostergetelo (SPD): Herr Staatssekretär, ich bewundere, welche Möglichkeiten Sie bei der Beantwortung einer Frage finden. Deshalb bitte ich Sie: Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß Herr Strothe vom Getreideverband erklärt hat, daß uns diese angeblichen 40 Pf pro Doppelzentner nichts als Ärger und Verdruß eingebracht haben? Könnten Sie mir sagen: Hat der Bundeskanzler in seiner Kritik zum Grenzausgleich die abgebauten 8 % vom vorigen Jahr gemeint oder das von Ihnen positiv erwähnte Festhalten an 1,8 % in diesem Jahr? Welches

Oostergetelo

(A) kann er Ihrer Meinung nach gemeint haben? Das eine muß wohl dem anderen widersprechen.

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, wenn Sie mir Ihre Frage konkret vortragen würden, wäre ich bereit, darauf eine konkrete Antwort zu geben. Einen Teil davon habe ich noch nicht einmal richtig verstanden; entschuldigen Sie bitte.

Oostergetelo: Herr Staatssekretär, ich hatte Sie gefragt — —

Vizepräsident Westphal: Das geht leider nicht, es tut mir leid. Wir können das nicht zu einem Zwiegespräch werden lassen, auch wenn es interessant ist, und dann auch noch in verschiedenen Dialekten.

Die nächste Zusatzfrage hat der Abgeordnete Becker (Nienberge).

Becker (Nienberge) (SPD): Herr Staatssekretär, könnten Sie uns im Zusammenhang mit dieser Frage einmal sagen, wie sich die Einkommensentwicklung bei den französischen Bauern im Verhältnis zu den deutschen Bauern darstellt?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Die Einkommensentwicklung wird sich nach dieser Preisrunde in Frankreich etwas besser abzeichnen als in der Bundesrepublik Deutschland. Denn Frankreich hat noch einen Rest von negativem Grenzausgleich abzubauen; das wirkt sich bei den Preisen in Frankreich positiv aus, und zwar in der Größenordnung
(B) von ungefähr 3%.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage des Abgeordneten Schreiner.

Schreiner (SPD): Herr Staatssekretär, ich habe eben mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, daß im Zuge der Konsolidierungspolitik der Bundesregierung für diese Anzeige rund 73 000 DM ausgegeben worden sind. Ich frage, ob zu erwarten steht, daß die Bundesregierung im arbeits- und sozialrechtlichen Bereich, wo die Beschlußlage der Regierung noch konfuser ist und die Verwirrung der Abgeordneten ein hohes Ausmaß erreicht hat und anzunehmen ist, daß die Verwirrung der Bürger ein noch höheres Ausmaß erreicht hat als bei den Bauern, ebenfalls breitgestreut Anzeigenserien veröffentlichen wird.

Vizepräsident Westphal: Das ist keine Frage, die der Parlamentarische Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium beantworten kann.

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Präsident, wenn Sie gestatten, will ich gerne sagen, daß ich bereits der vergangenen Regierung angehört habe und daß es auch unter der sozialliberalen Regierung, an der Sie — die SPD — beteiligt waren, so war, daß die Regierung in schwierigen Zeiten Aufklärungsaktionen durchgeführt hat. Diese sind ebenfalls nicht umsonst zu haben gewesen.

(Frau Blunck [SPD]: Aber nicht nach dem Wahrsagerprinzip!)

Vizepräsident Westphal: Jetzt kommt der Abgeordnete Reimann zu einer Zusatzfrage. (C)

Reimann (SPD): Herr Staatssekretär, da die Anzeigen zentrales Mittel der Politik der Bundesregierung geworden sind, frage ich Sie: Ist die Politik in der Landwirtschaft für die Bundesregierung so schwierig und kompliziert geworden, daß sie keine andere umsetzbare Strategie mehr hat als Anzeigen?

Gallus, Parl. Staatssekretär: Herr Kollge, die Situation ist einfach die, daß es nach den Unruhen, die in der Landwirtschaft angesichts der Einführung der Quotenregelung geherrscht haben — das ist ein offenes Geheimnis — das hat jeder draußen gespürt —, dringend notwendig war, schnell und umfassend zu informieren. Ansonsten stehen der Bundesregierung natürlich alle übrigen Mittel zur Verfügung, auch über ihre Abgeordneten usw.

Vizepräsident Westphal: Jetzt haben wir diesen Geschäftsbereich beendet. Ich danke Ihnen, Herr Gallus, für die Beantwortung der Fragen.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung. Herr Parlamentarischer Staatssekretär Würzbach steht zur Beantwortung zur Verfügung.

Der Fragesteller der Fragen 60 und 61, der Abgeordnete Sieler, ist nicht im Saal. Die Fragen werden gemäß der Geschäftsordnung behandelt.

Das gleiche gilt für die Frage 62 des Abgeordneten Dr. Schierholz. (D)

Ich komme zur Frage 63 des Abgeordneten Catenhusen:

> Auf welchen Übungsplätzen im Bundesgebiet haben die in Münster-Handorf stationierten Panzer- bzw. Panzergrenadierbataillone 194 und 193 in den letzten vier Jahren die in der MIF (Militärische Infrastrukturforderung) von 1982 für die Erweiterungsfläche des Standortübungsplatzes Münster-Handorf vorgesehenen Fahr-, Ziel- und Schießübungen durchgeführt, und welche Gründe stehen einer weiteren Nutzung der bislang genutzten Übungsplätze entgegen?

Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Würzbach, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung: Herr Präsident, Herr Kollege Catenhusen, die **Ausbildung des Panzerbataillons 194 und des Panzergrenadierbataillons 193** wurde in der zurückliegenden Zeit und wird auch heute noch auf dem Standortübungsplatz Münster-Handorf, dem dortigen Ostteil —, dem britischen Übungsgelände Münster-Dorbaum, dem Truppenübungsplatz Haltern und auf den Truppenübungsplätzen im norddeutschen Bereich — Bergen-Hohne und Munster — durchgeführt.

Die ungenügende Größe des Standortübungsplatzes Münster-Handorf läßt viele vorgeschriebene Ausbildungsvorhaben nicht zu. Die Mitbenutzung der anderen genannten Truppenübungsplätze ist jedoch derart eingeschränkt, daß der anzustrebende Ausbildungsstand nicht erreicht werden kann. Eine befriedigende Ausbildungssituation wird nach dem gegenwärtigen Diskussionsstand dann eintreten, wenn die sogenannte Westerweiterung des Standortübungsplatzes in vollem Umfang für Ausbil-

Parl. Staatssekretär Würzbach

(A) dungszwecke genutzt werden kann. Hier muß aber zunächst die dort noch aus dem Zweiten Weltkrieg liegende Munition aufgesammelt und vernichtet werden.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage, Herr Catenhusen.

Catenhusen (SPD): Herr Staatssekretär, kann ich Ihrer Antwort entnehmen, daß es in den letzten Jahren keine Einschränkungen der Benutzung anderer Übungsplätze durch die in Münster stationierten Einheiten gegeben hat?

Würzbach, Parl. Staatssekretär: Ich habe darauf hingewiesen, daß die Übungsplätze, die die Bundeswehr hat, voll ausgelastet sind und daß diese beiden Bataillone in freien verfügbaren Zeiten auch weiter entfernt gelegene Übungsplätze haben benutzen können. Dies wird auch in Zukunft so sein. Freie Kapazitäten, um mehr Übungen aus dem dortigen Bereich um Münster woandershin zu legen, gibt es auf anderen Plätzen nicht.

Vizepräsident Westphal: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Catenhusen.

Catenhusen (SPD): Kann ich Ihrer Antwort entnehmen, daß der Grund für diese Erweiterung des Standortübungsplatzes Handorf nicht darin liegt, daß andere bisher zu Verfügung stehende Übungsplätze nicht mehr zur Verfügung stehen?

(B) **Würzbach,** Parl. Staatssekretär: Dies ist korrekt.

Vizepräsident Westphal: Damit sind wir am Ende des Geschäftsbereichs des Bundesministers der Verteidigung. Danke schön, Herr Würzbach, für die Beantwortung der Fragen.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit. Zur Beantwortung der Fragen steht Parlamentarische Staatssekretärin Frau Karwatzki zur Verfügung.

Frage 64 des Abgeordneten Fiebig wird auf Grund von Abschnitt I Ziffer 2 der Richtlinien schriftlich beantwortet. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

Wir kommen zur Frage 65 des Abgeordneten Klejdzinski:

> Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die zum Jahresanfang 1983 eingeführte Einkommensgrenze für Kindergeldbezieher mit mehr als einem Kind Benachteiligungen entstehen können, wenn z. B. durch Anwendung der § 7b-Abschreibung die maßgebende Einkommensgrenze überschritten wird, damit Kindergeld nicht mehr ungekürzt ausgezahlt wird und dies zur Folge haben kann, daß der Steuerzahler nicht entlastet wird, sondern finanzielle Einbußen hinnehmen muß, und wenn ja, welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um diese Ungerechtigkeit so schnell wie möglich zu beseitigen?

Bitte schön, Frau Staatssekretär.

Frau Karwatzki, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit: Herr Kollege, für die **einkommensabhängige Minderung des Kindergeldes** gilt ein eigenständiger sozialrechtlicher Einkommensbegriff. Er geht vom Bruttoeinkommen aus, von dem bestimmte, im Gesetz festgelegte Belastungen wie Sozialversicherungsbeiträge und gezahlte Einkommensteuer abzuziehen sind, um das maßgebliche Einkommen festzustellen. Für je 480 DM, um die das Jahreseinkommen die Einkommensgrenze übersteigt, wird das Kindergeld um 50 % von 480 DM, also 240 DM pro Jahr oder 20 DM pro Monat, gemindert; dies natürlich nur, bis der Sockelbetrag von 70 DM für das zweite bzw. 140 DM für das dritte und weitere Kinder, der in keinem Fall unterschritten wird, erreicht ist. Dadurch können Steuerermäßigungen, die — wie z. B. die Absetzung nach § 7b EStG — wegen Belastung gewährt werden, die der Einkommensbegriff des Kindergeldrechts nicht berücksichtigt, im wirtschaftlichen Ergebnis zu 50 v. H. verlorengehen. Denn sie vermindern die Einkommensteuer und erhöhen dadurch das für die Kindergeldminderung maßgebliche Einkommen. (C)

Die Bundesregierung hat sich im Gesetzgebungsverfahren zu dem von ihr eingebrachten Entwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes sowohl gegen eine generelle Änderung als auch gegen die vom Bundesrat vorgeschlagene, auf das sogenannte Baukindergeld beschränkte Änderung ausgesprochen. Zur Begründung hat sie insbesondere auf die mit einer Änderung verbundenen Mehrausgaben hingewiesen.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage, Herr Dr. Klejdzinski.

Dr. Klejdzinski (SPD): Frau Staatssekretär, da das ja eine relativ schwierige Thematik ist, frage ich: Ist es richtig, was ich einer Fachzeitschrift entnommen habe, daß es beispielsweise bei einer Familie mit vier Kindern, die normalerweise einen Verlust von 200 DM je Kind hat, 2 520 DM im Jahr sind? (D)

Frau Karwatzki, Parl. Staatssekretär: Das könnte sein. Aber es kommt, wie Sie selber zu Recht sagen, auf den Einzelfall an. Wenn Sie so freundlich sind, mir dies zur Verfügung zu stellen, bin ich gern bereit, das nachrechnen und Ihnen die Antwort zukommen zu lassen.

Vizepräsident Westphal: Die zweite Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Klejdzinski.

Dr. Klejdzinski (SPD): Bezogen auf meine zweite Zusatzfrage kann ich Ihnen sagen, Frau Staatssekretärin, daß es eine Veröffentlichung in „BHW-aktuell" ist, wo dies im einzelnen erläutert ist. Ich halte diese Thematik, wenn sie wirklich so ist, wie es dort erläutert ist, für so gravierend, daß die Bundesregierung hier wirklich etwas tun müßte.

Vizepräsident Westphal: Sie müssen aber jetzt ein Fragezeichen an Ihre Ausführungen anhängen.

Dr. Klejdzinski (SPD): Entschuldigung, Herr Präsident. — Kann ich Sie weiterhin fragen, ob beispielsweise der Steuerfreibetrag nach § 7b bei 7 500 DM und einem unterstellten Steuersatz von 25 % zu einer Steuerentlastung um 1 875 DM führt? Büßt diese Familie dann wirklich 645 DM ein?

(A) **Frau Karwatzki,** Parl. Staatssekretär: Es kann im Einzelfall sein.

Vizepräsident Westphal: Wir kommen zur Frage 66 des Abgeordneten Dr. Klejdzinski:

> Ist der Bundesregierung bekannt, daß diese Benachteiligung auch dann eintreten kann, wenn Hausbesitzer z. B. Energiesparmaßnahmen durchführen und dafür Zuschüsse erhalten, und um welche Regelung bemüht sich die Bundesregierung, um rückwirkend die finanziellen Einbußen der Familien auszugleichen?

Bitte schön, Frau Staatssekretärin.

Frau Karwatzki, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Klejdzinski, Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zählen nicht zu dem für die einkommensabhängige Minderung des Kindergeldes maßgeblichen Einkommen. Sie können daher nicht bei der Kindergeldminderung verlorengehen.

Vizepräsident Westphal: Zusatzfrage, Herr Dr. Klejdzinski.

Dr. Klejdzinski (SPD): Ist Ihnen denn bekannt, Frau Staatssekretärin, daß es zu dieser Frage schon Eingaben beim Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages gab?

Frau Karwatzki, Parl. Staatssekretär: Mir ist das nicht bekannt. Ich gehe davon aus, daß es den Beamten des Hauses bekannt ist, und werde der (B) Sache nachgehen.

Vizepräsident Westphal: Keine weitere Zusatzfrage.

Die Fragen 67 und 68 des Abgeordneten Haungs sind vom Fragesteller zurückgezogen worden.

Die Frage 69 des Abgeordneten Sauter (Ichenhausen) kann nicht beantwortet, sondern muß der Geschäftsordnung gemäß behandelt werden, weil der Fragesteller nicht anwesend ist.

Das gilt auch für die Frage 70 des Abgeordneten Sauter (Ichenhausen).

Wir kommen zur Frage 71 der Abgeordneten Frau Dr. Hamm-Brücher. — Frau Dr. Hamm-Brücher war bei uns, ist aber nicht mehr bei uns. Also wird auch die Frage 71 entsprechend der Geschäftsordnung behandelt.

Vielen Dank, Frau Karwatzki, für die Beantwortung der Fragen.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr. Herr Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Schulte steht für die Beantwortung der Fragen zur Verfügung.

Herr Abgeordneter Rapp (Göttingen) ist nicht im Saal. Daher können seine Fragen 72 und 73 nur entsprechend der Geschäftsordnung behandelt werden.

Der Fragesteller der Fragen 74 und 75, der Abgeordnete Hettling, bittet um schriftliche Beantwortung. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Auch der Fragesteller der Frage 76, der Abgeordnete Dr. Jobst, bittet um schriftliche Beantwortung. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt. (C)

Wir kommen zu der Frage 77 des Abgeordneten Schulte (Menden). Er ist nicht anwesend. Das ist heute wenig erfreulich. Auch diese Frage wird entsprechend der Geschäftsordnung behandelt.

Wir kommen zu der Frage 78 des Abgeordneten von Schmude. Der Abgeordnete ist nicht anwesend. Die Frage wird entsprechend der Geschäftsordnung behandelt.

Wie ist es mit der Frage 79 des Abgeordneten Carstensen (Nordstrand)? — Auch er ist nicht anwesend, so daß seine Frage gemäß der Geschäftsordnung behandelt wird.

Das gilt auch für die Fragen 80 und 81 des Abgeordneten Daweke.

Ich finde es nicht sehr erfreulich, daß ich hier feststellen muß, daß alle diese Fragen entsprechend der Geschäftsordnung behandelt werden müssen, weil die Kollegen nicht gekommen sind.

Ich muß mich noch bei Herrn Schulte bedanken, der leider umsonst gekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Jahn steht zur Beantwortung zur Verfügung.

Zuerst die Frage 82 des Abgeordneten Schreiner. — Er hat hier mehrfach teilgenommen; jetzt ist er nicht mehr anwesend. Seine Frage wird gemäß der (D) Geschäftsordnung behandelt.

Auch die Fragen 83 und 84 des Abgeordneten Dr. Sperling können nicht beantwortet werden, da der Abgeordnete nicht da ist, und sie werden gemäß der Geschäftsordnung behandelt.

Die Fragen 85 und 86 des Abgeordneten Reschke werden auf Grund Nr. 2 Abs. 2 der Richtlinie schriftlich beantwortet. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Damit ist meine Akte zu Ende. Das heißt, wir sind erstmalig in der Geschichte des Bundestages, nehme ich an — mindestens so lange, wie ich im Bundestag bin —, vorzeitig am Ende der Fragestunde, weil keine Fragen mehr da sind.

Ihnen danke ich herzlich, Herr Staatssekretär, für Ihr Kommen.

Da wir um 14.30 Uhr eine Aktuelle Stunde haben, schlage ich vor, daß wir die Sitzung bis dahin unterbrechen und sie um 14.30 Uhr fortsetzen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 14.07 bis 14.30 Uhr)

Vizepräsident Westphal: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe den Zusatzpunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Geplante Stillegung der Firma Wuppermann GmbH, Leverkusen

Vizepräsident Westphal

(A) Die Fraktion DIE GRÜNEN hat gemäß Nr. 1 Buchstabe c der Anlage 5 unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem genannten Thema verlangt.

Ich eröffne dazu die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Auhagen.

Auhagen (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von 1980 bis 1983 hat die **Wuppermann GmbH** von Bund und Land noch 11 Millionen DM Sonderbeihilfen zur Erhaltung des Stahlstandortes Leverkusen erhalten. 1983 stellte die Landesregierung Nordrhein-Westfalen für die Übernahme von Wuppermann durch den **Krupp Konzern** eine Landesbürgschaft in Höhe von 36 Millionen DM zur Verfügung, um den Stahlstandort Wuppermann zu erhalten.

Am 29. Mai dieses Jahres erfährt die Belegschaft der Stahlwerke Wuppermann zu ihrer Überraschung, daß der Krupp Vorstand beschlossen hat, den **Stahlstandort Leverkusen** dichtzumachen, und dies ohne vorherige Information des Betriebsrates und des Aufsichtsrates von Wuppermann.

Dieser Beschluß des Krupp Vorstandes, die Stahlwerke Wuppermann-Leverkusen, ohne vorherige Information des Betriebsrates und des Aufsichtsrates insgesamt zu schließen, ist nach unserer Auffassung kennzeichnend für die Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der betroffenen Belegschaft und ihrer rund 1 000 Familien. Er macht darüber hinaus deutlich, daß öffentliche, volkswirtschaftliche, soziale und regionalpolitische Gesichtspunkte (B) den privatwirtschaftlichen Rentabilitätskriterien einzelner Stahlkonzerne rücksichtslos zum Opfer fallen.

Der Krupp Vorstand gibt an, durch die Schließung des Standortes Leverkusen 70 Millionen DM einzusparen. Dieser privatwirtschaftlichen Rechnung stehen gegenüber: 20 Millionen DM pro Jahr für anfallende Kosten bei der Arbeitslosen- und Sozialversicherung, Dutzende von Millionen für Folgekosten für die Stadt Leverkusen, Schäden infolge des Ruins zahlreicher Zulieferfirmen, ebenfalls in Höhe von Dutzenden von Millionen.

Wie wir gehört haben, beabsichtigt nun auch die Bundesregierung, die Verlagerung der Warmmittelbandstraße von Leverkusen nach Bochum in Millionenhöhe zu subventionieren. Für die Belegschaft von Wuppermann und anderer kleinerer Firmen bedeutet dieser Beschluß das Abdrängen in das berufliche Nichts, in die soziale Aussichtslosigkeit.

Auf Grund der Altersstruktur haben nur wenige Kollegen Aussicht auf einen beruflichen Neuanfang. Auch durch diesen Beschluß wird die gewerkschaftliche Forderung, ja selbst die Forderung der SPD, nach einer Politik der Standortsicherung ad absurdum geführt. Wenn die Entscheidung von Krupp, den Standort Wuppermann dichtzumachen, durch Bund und Land hingenommen wird, wird dies nur der Auftakt zu weiteren Vernichtungen von Standorten sein: Die Stahlwerke Südwestfalen in Siegen, Georgsmarienhütte bei Osnabrück, Halthoff in Bayern und andere werden folgen. Die Folgekosten und sozialen Probleme, die auf die Öffentlichkeit und die Betroffenen zukommen, stehen in (C) keinem Verhältnis zum öffentlichen Nutzen der Rationalisierungskonzepte der Stahlkonzerne.

Wir GRÜNEN haben diese Aktuelle Stunde aus folgenden Gründen beantragt:

Erstens. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dem Beschluß des Krupp-Vorstandes zur Standortvernichtung entgegenzustellen und den privatwirtschaftlichen Rentabilitätskriterien des Krupp-Konzernes die volkswirtschaftlichen, sozialen und regionalpolitischen Auswirkungen und Folgekosten gegenüberzustellen. Diese Gegenrechnung der Schäden, die für die Öffentlichkeit entstehen, ist bei den erheblichen Subventionen von Bund und Land eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Um dies zu ermöglichen, ist die Bundesregierung aufgefordert, die Fristen für die Sozialpläne im Rahmen der Stahlbeihilfen, die Ende September auslaufen, für die Firma Wuppermann über den 30. September hinaus zu verlängern.

Drittens. Wir GRÜNEN fordern aber auch die SPD-Bundestagsfraktion auf, ihren Einfluß auf die SPD-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen geltend zu machen, den Stillegungsbeschluß von Krupp nicht zu akzeptieren und ihre eigene Forderung nach einem stahlpolitischen Gesamtkonzept selbst ernst zu nehmen.

Ich stelle jetzt schon dem Minister Bangemann die Frage, ob die Bundesregierung diese Subventionen in Millionenhöhe vom Krupp Konzern zurück- (D) fordern wird, falls, was wir alle nicht hoffen wollen, der Standort Wuppermann den Betriebsstrategien von Krupp zum Opfer fallen wird. Arbeitsplatzvernichtung und Wortbruch dürfen nicht öffentlich subventioniert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN — Beckmann [FDP]: Sie haben keine Ahnung, aber davon jede Menge!)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Lammert.

Dr. Lammert (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon anrührend zu beobachten, wie DIE GRÜNEN nach jahrelangen gegenteiligen Einlassungen nun auf einmal ihr Herz für die Erhaltung von Industriestrukturen entdeckt haben,

(Beifall bei der CDU/CSU)

allerdings bei dieser neuen Variante ökonomischen Sachverstand genauso vermissen lassen wie bei den früheren Einlassungen auch.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Faktum ist, daß die labile **Lage auf dem Stahlmarkt** auch nach den jüngsten Ministerratsentscheidungen nach wie vor Anpassungsdruck signalisiert und daß von daher der Prozeß der Kostensenkung und der Kapazitätsanpassung fortgesetzt werden muß. Art und Ort solcher Rationalisierungs-

Dr. Lammert

(A) maßnahmen sind Aufgabe und Zuständigkeit der betroffenen Unternehmen.

(Dr. Emmerlich [SPD]: Na, na! — Weitere Zurufe von der SPD)

Die Bundesregierung hat deswegen aus guten Gründen — wir werden das ja sicher im einzelnen diskutieren, lieber Wolfgang Roth —, sehr im Unterschied zur nordrhein-westfälischen Landesregierung keinen Einfluß auf die Transaktionen genommen,

(Beckmann [FDP]: Dies zu Recht!)

die Gegenstand dieser Debatte sind.

Wir stellen heute fest, daß der Versuch der nordrhein-westfälischen Landesregierung, mit ihrer Intervention die Arbeitsplätze an diesem Standort zu sichern, offensichtlich nicht den gewünschten Erfolg hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Emmerlich [SPD])

Die Bundesregierung hat in der Tat das **Umstrukturierungskonzept** von Wuppermann und von Krupp mit öffentlichen Mitteln begleitet. Sie hat das übrigens nach präzise den gleichen Kriterien getan, die für alle anderen Stahlunternehmen auch gelten. Die jetzt beschlossene Stillegung der Mittelbandstraße stellt fraglos eine genehmigungspflichtige Änderung des ursprünglichen Konzepts von Wuppermann und Krupp dar. Nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion kann kein Zweifel daran bestehen, daß eine Verpflichtung zur Zustimmung und (B) damit zur Förderung dieser Maßnahmen für die Bundesregierung nicht besteht. Bei der notwendigen Prüfung der geänderten Umstrukturierungsprogramme müssen die Auswirkungen auf die Tragfähigkeit und damit auf die langfristigen Folgen für die Rentabilität wie die Arbeitsplätze im Vordergrund stehen. Dies gilt ganz besonders für die möglichst verbindliche Umsetzung und Einbindung des Angebots der Firma Krupp, für die von der Stillegung betroffenen Arbeitnehmer **Ersatzarbeitsplätze** bereit zu stellen.

Soweit Ersatzarbeitsplätze an dem anderen Standort in Bochum angeboten werden sollen, auf deren Warmbreitbandstraße die bisher in Leverkusen produzierten Flachstähle verlagert werden sollen, können sie nicht von vornherein als unzumutbar zurückgewiesen werden. Wenn Arbeitsplatzmobilität im gleichen Unternehmensverbund über kaum mehr als 50 km im selben Bundesland als unzumutbar erklärt wird, dann sind die Arbeitsmarktprobleme in diesem Land nicht zu lösen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Bundesregierung ist deswegen zu einer sorgfältigen Prüfung aller in diesem Zusammenhang aufgeworfenen Fragen aufgerufen, um nicht in die gleiche Lage zu kommen wie das **Land Nordrhein-Westfalen,** das mit einer voreiligen politischen Intervention genau die Entwicklung in Leverkusen verhindern wollte,

(Urbaniak [SPD]: Unerhört:)

die nun doch eingetreten ist. Möglicherweise werden wir dazu weiterführende Einlassungen von der nordrhein-westfälischen Landesregierung in dieser Diskussion vorgetragen bekommen. (C)

Das negative Schulbeispiel eines aktivistischen Interventionismus, wie er uns hier wieder von der nordrhein-westfälischen Landesregierung vorgeführt worden ist, demonstriert einmal mehr die Richtigkeit der von uns seit Jahren vorgetragenen und dargestellten Kriterien für öffentliche Hilfen bei betriebswirtschaftlichen Umstrukturierungsmaßnahmen.

(Dr. Emmerlich [SPD]: Und das bei Tatenlosigkeit der Bundesregierung!)

— Ich erläutere Ihnen das ja gerade, Herr Emmerlich. Vielleicht sind Sie so freundlich, das noch abzuwarten.

(Dr. Emmerlich [SPD]: Ich bin sehr gespannt!)

Zu rechtfertigen sind solche öffentlichen Hilfen überhaupt nur dann, wenn mit ihrer Hilfe langfristig Rentabilität und Arbeitsplatzsicherheit wiederhergestellt werden können. Wenn aber mit und ohne öffentliche Hilfen weder die Rentabilität wiederherzustellen noch die langfristige Sicherung der Arbeitsplätze sicherzustellen ist, dann gibt es weder politisch noch ökonomisch eine Rechtfertigung für solche öffentlichen Hilfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Roth. (D)

Roth (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da kaufte im Jahre 1983 die Krupp Stahl AG die Firma Wuppermann. Da versprach der Konzern den Verkäufern die langfristige Sicherung des Stahlstandorts.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Hört! Hört!)

Da versprach der Bundeskanzler, die Stahlstandorte insgesamt zu sichern. Da schlug die Familie Wuppermann, der frühere Eigentümer, ein Angebot mit einem höheren Kaufpreis aus, weil Krupp die Sicherung des Bestandes des Unternehmens versprach. Da wurde der Belegschaft in vielen Gesprächen die Fortführung der Firma garantiert. Da verlangte und bekam man vom Staat zur Sicherung der Firma im Alleingang 14 Millionen DM an Subventionen. Da wurden aber gleichzeitig plötzlich überhöhte Verrechnungspreise innerhalb des Unternehmens verlangt und Verluste produziert.

(Dr. Emmerlich [SPD]: So ist das!)

Da wurde dann im Jahre 1985, wenige Tage nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, das Ruder völlig herumgerissen. Da wurde **ohne Beteiligung der Belegschaft** in einer Gesellschafterversammlung die **Schließung der Stahlfertigung beschlossen** — ohne jede Mitbestimmung.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Unglaublich!)

Da gab es kein Konzept für irgendeine alternative Fertigung in dem Betrieb in Leverkusen. Und dann

Roth

(A) forderte der Konzern anschließend 70 bis 90 Millionen DM an **Subventionen** — für die Kosten der Stillegung des Betriebes.

(Dr. Emmerlich [SPD]: Das ist allerdings eine Unverfrorenheit!)

Das ist der Vorgang.

Meine Damen und Herren, hätte ein Filmemacher im Auftrag von „ZDF" oder „ARD" einen derartigen Ablauf dargestellt, hätten wir ab heute Proteste vom BDI, von Unternehmern gegen diese Verleumdung der Unternehmerschaft in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Man kann sich gar nicht vorstellen, wie das nun auf die Arbeitnehmer wirkt.

(Dr. Lammer [CDU/CSU]: Wenn es so gewesen wäre!)

Ist es da, so frage ich, unverständlich, wenn Arbeitnehmer von Subventionsbetrug reden?

(Sehr wahr! bei der SPD)

Ist es da unverschämt, wenn sie von der Komplicenschaft zwischen Staat und Konzern reden? Ist es da eigentlich noch unverständlich, wenn die betroffenen Arbeitnehmer sagen, dieses Wirtschaftssystem sei korrupt?

(Vogel [München] [GRÜNE]: Ist es ja auch!)

(B)

Und diese Frage ist formuliert worden. Das heißt, hier wird doch mehr als ein Stahlstandort stillgelegt. Hier wird mit dem Vertrauen der Arbeitnehmerschaft in die Unternehmer und die Bundesregierung wirklich gespielt. Ich halte das für den eigentlichen Kern der Problematik.

(Beifall bei der SPD — Beckmann [FDP]: Und was ist mit der Landesregierung? — Zuruf des Abg. Wissmann [CDU/CSU])

Und jetzt sagt die Bundesregierung, sie sympathisiere mit der Belegschaft. Ich halte das für blanken Zynismus. Die Untätigkeit der Bundesregierung, die Verweigerung eines Stahlkonzepts seit einigen Jahren, hat schließlich dazu geführt, daß der Betrieb in Leverkusen ohne Alternative dasteht. Und das ist der Punkt, Herr Wissmann. Es ist schon grotesk, Herr Wissmann: Die Wirtschaftsvereinigung sagt: Wir brauchen ein nationales Stahlkonzept! — Die IG Metall sagt: Wir brauchen ein nationales Stahlkonzept. — Die Monopolkommission, die Wettbewerbshüter sagen: Wir brauchen ein Stahlkonzept! — Die Opposition sagt: Wir würden in der Gestaltung dieses Stahlkonzepts mitmachen. — Und alle sagen: Wir würden Opfer bringen. Wir würden Beiträge bringen. — Und die Bundesregierung — der Wirtschaftsminister hat es nicht für notwendig gehalten, hier herzukommen; das ist seine Entscheidung — verweigert ein Stahlkonzept und gibt insgesamt 3,3 Milliarden DM an Subventionen aus. Das halte ich für den Kern der Problematik Wuppermann und der Stahlpolitik dieser Bundesregierung. Sie sollten mit Ihrer Drückebergerei in dieser Frage aufhören, meine Damen und Herren. (C)

(Beifall bei der SPD — Dr. Lammert [CDU/CSU]: Was wäre denn aus Wuppermann geworden, bei einem nationalen Stahlkonzept?)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Beckmann.

Beckmann (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Über 900 Arbeitnehmer der Theodor Wuppermann GmbH in Leverkusen fürchten um ihre Arbeitsplätze. Dies ist eine Folge eines Beschlusses der Krupp Stahl AG als Alleingesellschafterin dieses Unternehmens. Wir dürfen unterstellen, daß die Entscheidung der Krupp Stahl AG keine Willkürmaßnahme darstellt, sondern sich als Folge eines anhaltenden Umstrukturierungsprozesses der deutschen und europäischen Stahlindustrie ergibt.

Man kann sich aber auch die Frage stellen, ob dies nicht auch — ich zitiere aus der „Stuttgarter Zeitung" vom gestrigen Tag — das „fragwürdige Ende einer nebulösen Nachtaktion" ist. Insoweit sind eine Reihe von Fragen an die nordrhein-westfälische Landesregierung zu richten.

(Lachen bei der SPD)

Diese hatte im Juli 1983 durch Gewährung einer Bürgschaft von 36 Millionen DM an Krupp Stahl

(Zurufe von der SPD) (D)

das Rennen zwischen diesem Unternehmen und der Klöckner Stahlwerke AG entschieden.

(Dr. Emmerlich [SPD]: Primitiver geht es wirklich nicht! — Roth [SPD]: Sie verdienen den Namen Möllemann! — Weitere Zurufe von der SPD)

Die von der geplanten Stillegung der Mittelbandstraße Betroffenen und die vielen anderen Bürger in diesem Lande möchten gerne wissen, welche **Verabredungen zwischen der Landesregierung und der Krupp Stahl AG** der damaligen **Bürgschaftsgewährung** zugrunde lagen und ob die Landesregierung — Herr Minister Einert, ich bitte Sie wirklich um Ihre Aufmerksamkeit — die Öffentlichkeit nicht täuscht,

(Zurufe von der CDU/CSU: Richtig!)

wenn sie — wie kürzlich der Landeswirtschaftsminister Jochimsen im Westdeutschen Fernsehen am 13. Juni — das Verhalten der Alleingesellschafterin als „zynisch" bezeichnet.

Ich frage die Landesregierung, ob ihr die beabsichtigten **Stillegungspläne** tatsächlich erst durch den Gesellschafterbeschluß vom 29. Mai bekanntgeworden sind.

(Zurufe von der SPD)

Ich frage die Landesregierung, ob sie nicht bereits im Januar dieses Jahres in der Spitze des Landeswirtschaftsministeriums über entsprechende Pläne unterrichtet war. Ich frage die Landesregierung, ob sie es nicht vielleicht aus wahltaktischen Gründen

Beckmann

(A) im Hinblick auf den Landtagswahltermin grob fahrlässig unterlassen hat, ihre jetzt so plakativ vorgetragenen Bedenken zu einem früheren Zeitpunkt der Öffentlichkeit vorzutragen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, meine Fraktion hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie ein Vorgehen wie das der Landesregierung im Juli 1983, also eine massive Einflußnahme auf betriebswirtschaftliche Entscheidungen, ordnungspolitisch für völlig verfehlt hält.

(Zurufe von der SPD)

Wenn die Landesregierung aber schon zu einem aus meiner Sicht völlig unbrauchbaren Mittel gegriffen hat und hierbei für den Ernstfall der Inanspruchnahme aus der Bürgschaft in erheblichem Maße Steuermittel bereitzustellen gewillt war — es handelt sich hierbei um immerhin 36 Millionen DM —, dann schließt sich hieran zwanglos die Frage an, ob es Vereinbarungen mit der Krupp Stahl AG über den Erhalt von Arbeitsplätzen bei Wuppermann gegeben hat und ob diese Vereinbarungen auch abgesichert worden sind. Nach Aussage des Vorstandsvorsitzenden der Krupp Stahl AG, Herrn Dr. Gödde, in einem Interview des Westdeutschen Fernsehens am 13. Juni dieses Jahres ist dies nicht der Fall gewesen. Ich zitiere:

> Es gibt weder mit der Landesregierung Vereinbarungen oder Zusagen für den Erhalt des Standortes Leverkusen. Es gibt auch keine Vereinbarungen in dem Kaufvertrag über den Standort.

(B)

(Wissmann [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Wenn die Landesregierung oder der Vertreter der SPD-Fraktion, Herr Kollege Roth, heute in larmoyanter Form die Stillegung der Mittelbandstraße in der zweiten Hälfte des Jahres 1986 beklagen, dann haben diese Vertreter der Sozialdemokratie im Jahre 1983 offensichtlich nicht mit der den Arbeitnehmern der Firma Wuppermann und den Steuerzahlern gegenüber gebotenen Sorgfalt gehandelt.

(Zustimmung bei der FDP und der CDU/CSU)

Dies müssen wir der Landesregierung und ihrem Ministerpräsidenten mit allem Nachdruck vorwerfen.

Ich fürchte — was das Verhalten der Landesregierung in dieser Angelegenheit betrifft —, daß der Betriebsratsvorsitzende von Wuppermann, Herr Paul Hölper, recht behalten hat, als er schon vor einem halben Jahr ausweislich des Zitats eines Hamburger Wochenmagazins ahnungsvoll feststellte: „Rau hat von der Stahlindustrie keine Ahnung." — Dieses Urteil eines Stahlgewerkschafters bietet allerdings den zwei Dritteln der deutschen Stahlindustrie, die in Nordrhein-Westfalen angesiedelt sind, keine rosigen Aussichten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, Herr Grüner. (C)

Grüner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 29. Mai hat die Krupp Stahl AG als Alleingesellschafter der Theodor Wuppermann GmbH einen Gesellschafterbeschluß gefaßt, über den wir heute hier diskutieren, der die Stillegung der Mittelbandstraße der Theodor Wuppermann GmbH im Verlaufe des zweiten Halbjahres 1986 und die Verlagerung dieser Erzeugung auf die Warmbreitbandstraße in Bochum vorsieht.

Wir alle wissen, daß im Zusammenhang mit der **Diskussion um die Übernahme der Wuppermann GmbH durch Klöckner oder durch Krupp** in der Öffentlichkeit die Vermutung geäußert worden war, daß Klöckner diese Übernahme nur plane, um mit der Stillegung die Quote zu erwerben. Alle wissen auch, daß im Zusammenhang mit der vielbegrüßten Fusion Krupp/Klöckner die Stillegung von Wuppermann Gesprächsthema im Rahmen dieses Fusionskonzeptes gewesen ist.

Das Unternehmen Krupp erwartet nun nach seiner Darstellung allein durch die Stillegung von Wuppermann einen Rationalisierungseffekt von 70 Millionen DM. Den Arbeitnehmern sollen nach Angaben von Krupp soweit wie möglich Ersatzarbeitsplätze angeboten werden. Krupp beantragt, die zusätzlichen Aufwendungen aus der Stillegung des Walzwerkes Wuppermann in die **Strukturverbesserungshilfen** des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen einzubeziehen. Diese Hilfen halten sich nach Angaben des Unternehmens im Rahmen der bisher zugesagten Hilfen, die noch nicht ausgeschöpft wurden. (D)

Diese Maßnahmen stellen ohne jeden Zweifel eine genehmigungspflichtige Änderung der ursprünglichen Konzepte von Wuppermann und Krupp dar. Nach Nr. 8 der Zuwendungsverträge haben sich die Unternehmen verpflichtet, die Umstrukturierungsprogramme gemäß ihren Anträgen durchzuführen. Wesentliche Änderungen bedürfen der Zustimmung des Bundes; auf dessen Verlangen haben die Zuwendungsempfänger eine erneute Prüfung und Bestätigung durch die Treuarbeit zu veranlassen.

Der Bund muß also prüfen, ob er der Änderung der Konzepte zustimmen wird. Nach Nr. 8 der Zuwendungsverträge ist die Zustimmung zu **Änderungen der Umstrukturierungsprogramme** zu erteilen, solange die Programme in ihrer Struktur im wesentlichen erhalten bleiben und die Tragfähigkeit der Unternehmen gewährleistet ist. Da das Wuppermannprogramm in seiner Struktur nicht erhalten bleibt, dürfte eine Zustimmungsverpflichtung für den Bund nicht gegeben sein.

(Zuruf des Abg. Wolfram [Recklinghausen] [SPD])

— Ich versuche hier darzulegen, wie der Sachverhalt ist. Das ist auch der Sinn der Aktuellen Stunde.

Parl. Staatssekretär Grüner

(A) Doch müssen in diesem Zusammenhang auch die Auswirkungen auf die **Tragfähigkeit des Konzeptes von Krupp** berücksichtigt werden, z. B., ob dadurch die Arbeitsplätze in Bochum und in dem Gesamtunternehmen zusätzlich gesichert werden. Diese Prüfung ist eingeleitet worden. Die Treuarbeit ist eingeschaltet. Ich meine, Herr Roth, wir sollten auch darauf achten, was die Betriebsräte von Krupp zu diesem Gesamtthema zu sagen haben, und hier nicht ein einseitiges Szenario zeichnen, das der Realität und den Schwierigkeiten in der Stahlindustrie in keiner Weise Rechnung trägt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Betriebsräte gegeneinander ausspielen! Was ist das für eine Art?)

Die Bundesregierung hat den Unternehmen im Rahmen der Beihilfegewährung auch keine Auflagen erteilt, einzelne Betriebsstätten zu erhalten.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Von welchen Voraussetzungen sind Sie ausgegangen?)

— Wir haben keine Auflagen gemacht, und wir haben nicht die Übernahme von Wuppermann durch Krupp in irgendeiner Weise durch unser Eingreifen unter irgendeiner Garantiegewährung ermöglicht — um das ganz deutlich zu sagen.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Aber Sie sind von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Arbeitsplätze erhalten bleiben!)

(B)

— Das war die Erklärung, die die Firma Krupp öffentlich abgegeben hat,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Frau Fuchs [Köln] [SPD] und Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Also!)

nachdem sie mit Hilfe der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen in die Lage versetzt worden war, Wuppermann gegen die Konkurrenz von Klöckner zu übernehmen.

(Dr. Rumpf [FDP]: So ist es!)

Dasselbe Unternehmen Krupp hat in einem von Ihnen in der Tendenz befürworteten Fusionskonzept Krupp/Klöckner die These vertreten, daß in einem solchen Konzept Wuppermann stillgelegt werden muß, was auch seit langem bekannt ist.

(Wissmann [CDU/CSU]: So ist es!)

Immer wieder hat die Bundesregierung deutlich gemacht, daß sie angesichts des Ausmaßes der weltweiten **Stahlkrise** nicht davon ausgehen kann, daß alle **Stahlstandorte** erhalten bleiben. Ferner sind betriebswirtschaftliche Überlegungen zur Rationalisierung alleine Aufgabe der Unternehmen und nicht Aufgabe des Staates.

Ob der Landesregierung Nordrhein-Westfalen entsprechende andere Zusicherungen von Krupp vorliegen, entzieht sich der Kenntnis der Bundesregierung. 1983 sollte die Stillegung Wuppermanns gerade durch die Übernahme des Unternehmens durch Krupp verhindert werden. Die **Landesregierung Nordrhein-Westfalens** hat durch die **Bürgschaftsgewährung** an Krupp in Höhe von 34 Millionen DM, durch die Krupp die Wuppermann-Anteile erwerben konnte, verhindert, daß der Kaufinteressent Klöckner zum Zuge kam. Klöckner soll damals geplant haben, Wuppermann stillzulegen, um die Quoten Wuppermanns für eine bessere Auslastung seiner Warmbreitbandstraße in Bremen und damit für die dortigen Arbeitnehmer zu nutzen. Ob das Land irgendwelche Auflagen zum Erhalt des Standortes im Rahmen der Bürgschaftsgewährung erteilt hat, ist der Bundesregierung nicht bekannt. Presseberichten ist aber zu entnehmen, daß das Land jetzt eine Überprüfung der Landesbürgschaft angekündigt hat. (C)

Die Bundesregierung verfolgt bei den Stahlbeihilfen das Ziel, die notwendige **Anpassung der deutschen Stahlindustrie an die veränderten Marktverhältnisse** zu unterstützen. Aus Bundessicht sind weitere Maßnahmen zur Kostensenkung und Kapazitätsanpassung angesichts der nach wie vor labilen Lage auf dem Stahlmarkt und des fortbestehenden Anpassungsdruckes nicht zu vermeiden. Jedoch konnte bislang noch nicht im Detail überprüft werden, ob die Stillegung von Wuppermann zu einer Verbesserung der Tragfähigkeit des neuen Gesamtunternehmens führt. Eine abschließende Bewertung der Krupp-Pläne ist deshalb noch nicht möglich. Falls allerdings die Stillegung zu einer Kostenverbesserung von 70 Millionen DM bei dem Gesamtunternehmen führt, wie Krupp das sagt, so kann daran angesichts der Lage der Stahlunternehmen nicht ohne weiteres vorbeigegangen werden. (D)

Im übrigen, Herr Kollege Roth, möchte ich Sie doch darauf aufmerksam machen: Die immer wieder erhobene Forderung nach einem **Stahlkonzept** der Bundesregierung, deren Erfüllung wir auch in der sozialliberalen Koalition

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Immer verhindert haben!)

aus guten Gründen verweigert haben, wirft doch die Frage auf, warum die Sozialdemokraten in ihrer genauen Kenntnis der Verhältnisse nicht ihrerseits ein Stahlkonzept vorlegen

(Zuruf von der SPD: Wir regieren nicht!)

— das ist aber eine bescheidene Ausrede, wenn Sie so große Sachkenner sind — und warum die IG Metall, die in all diesen Aufsichtsräten sitzt und überall den Einblick hat, sich scheut, ein solches Konzept vorzulegen.

(Roth [SPD]: Da müssen Sie vorher zurücktreten! — Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir sollten der deutschen Öffentlichkeit gegenüber ein bißchen ehrlicher sein, als das in diesen Äußerungen zum Ausdruck gekommen ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Einert.

(A) **Minister Einert** (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Beschluß der Krupp-Stahlfirma steht ja nicht nur isoliert zur Debatte, sondern er steht in einem engen zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit dem **Beschluß des EG-Stahlministerrates** vom 26./27. März dieses Jahres, wonach im Jahre 1985 noch **zusätzliche Beihilfen** notifiziert, genehmigt und gezahlt werden können. Nach den letzten Meldungen, die wir gerade in diesen Tagen aus Brüssel erhalten, werden hier die ersten Summen gehandelt, was die übrigen EG-Partner noch angemeldet, notifiziert haben, und zwar mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß sie die Zahlung nicht etwa bis Ende dieses Jahres abschließen werden, sondern daß sie die Summen — 10 Milliarden Französische Francs, 3 600 Milliarden Lire und ähnliche Beträge — auch im Zuge der nächsten Jahre noch abwickeln werden.

Das hat natürlich einen unmittelbaren Einfluß auch auf die hier zugrunde liegende Frage.

(Beifall bei der SPD)

Tun wir doch nicht so, als wenn das ein singulärer Vorgang wäre, über den wir hier reden. Im Grunde genommen muß jeder wissen, daß an jeder Stelle „Wuppermann" morgen oder übermorgen stattfinden wird. Die gleichen Debatten werden wir über ähnliche Fragen auch noch führen müssen.

(B) (Zuruf von der CDU/CSU: Dann müßt ihr andere Reden halten! — Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich nach diesem Vorspann zu der Frage Stellung nehmen, die hier gestellt worden ist und die der Bundeswirtschaftsminister am 12. Juni im Wirtschaftsausschuß auch in Richtung Land Nordrhein-Westfalen gestellt hat. Sie alle haben nach den **Intentionen des Landes** beim Antrag der Firma Krupp-Stahl AG auf eine **Landesbürgschaft** zu einem Kredit für den Erwerb der Gesellschafteranteile der Firma Theodor Wuppermann GmbH im Jahr 1983 gefragt. Für die Übernahme der Bürgschaft waren drei Gründe maßgebend. Erstens. Die Quote für die Mittelbandstraße in Leverkusen sollte im Lande bleiben. Zweitens. Der zur Produktion der Mittelbandstraße in Leverkusen erforderliche Rohstahl sollte weiterhin in Rheinhausen erschmolzen werden. Drittens. Die Theodor Wuppermann GmbH in Leverkusen als Stahlstandort sollte erhalten bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Das muß man so nüchtern formulieren. Es ist für jedes Land, für jede Landesregierung legitim, die Landesinteressen zu berücksichtigen, gleichgültig, ob für Bremen oder für Niedersachsen; das gilt doch auch für ähnliche Situationen; der eine setzt sich ein bißchen mehr, der andere ein bißchen weniger durch. Tun Sie doch bitte nicht so, als ob das alles mit Blauäugigkeit gemacht worden wäre.

(Beifall bei der SPD)

Sie beweisen damit, Herr Beckmann, ein Maß von Ahnungslosigkeit, daß kaum zu überbieten ist, muß ich Ihnen mal sagen. (C)

(Unruhe und Widerspruch bei der FDP und der CDU/CSU)

— Das gilt auch für Sie.

Was wären denn wohl die **Alternativen** aus nordrhein-westfälischer Sicht gewesen, wenn wir uns damals nicht so verhalten hätten? Die Quote wäre aus Nordrhein-Westfalen weg gewesen.

(Beckmann [FDP]: Warum haben Sie es seit Januar verschwiegen?)

Zweitens. Zusätzlich wäre die Rohstoffbasis Rheinhausen gefährdet gewesen. Drittens. Was wir heute gemeinsam beklagen, nämlich das Ende der Existenz von Wuppermann und über tausend Arbeitsplätzen, wäre damals definitiv gewesen. Was blieb denn damals der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vor diesem Hintergrund wohl an Alternativen? Das gilt für die niedersächsiche Landesregierung genauso wie für die bayerische und andere, unabhängig davon, welche parteipolitische Kappe wir auf dem Kopf tragen. Tun wir doch nicht so, als könnten wir uns gegenseitig mit solchen albernen Vorwürfen überziehen.

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. Dr. Lammert [CDU/CSU])

Für die einstimmige Billigung dieser Bürgschaft nach Sachvortrag durch die Vertreter von Krupp Stahl und die Landesregierung vor dem Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags — dazu gehören (D) Ihre Freunde genauso —

(Roth [SPD]: „Freunde" kann man nicht mehr sagen! — Walther [SPD]: Die sind keine Freunde mehr!)

— ach so! — war ein mitentscheidendes Motiv nicht nur für die Landesregierung, sondern auch für den Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags die überzeugende Aussage, der Krupp Stahl AG, die **Arbeitsplätze in Leverkusen** mindestens mittelfristig zu erhalten.

Nun muß man natürlich auch etwas wissen. Ich geniere mich fast ein bißchen, eine solche Binsenweisheit hier vorzutragen. Nur Ihre Fragestellung macht es notwendig, Ihnen ein bißchen Aufklärung zu geben. Sie wissen ganz genau, daß eine solche Bürgschaft nicht gegenüber der Firma, sondern gegenüber den Banken abgegeben wird. Dort können Sie Auflagen gegen den Wegfall von Arbeitsplätzen gar nicht machen. Da können Sie gar nicht in die **unternehmerische Dispositionsfreiheit** der Banken oder des betroffenen Unternehmens eingreifen.

Diese Bürgschaft ist nach Anhörung des Firmenvertreters vor dem Haushalts- und Finanzausschuß gegeben worden.

(Beckmann [FDP]: Was hat Herr Neubert denn da vorgetragen?)

Die Landesregierung hat sich darüber hinaus bemüht, die Arbeitsplätze in Leverkusen zu erhalten. Das Land hat zusammen mit dem Bund das als tragfähig anerkannte **Unternehmenskonzept der**

Minister Einert (Nordrhein-Westfalen)

(A) **Firma Wuppermann,** das ja neben Kapazitätsabbau und Strukturverbesserungsmaßnahmen Investitionen in beachtlicher Höhe vorsah, finanziell flankiert. Das muß im Kontext gelesen werden.

Die Landesregierung hat in diesem Zusammenhang ihrerseits Bemerkungen und Fragen in Richtung Bundesregierung zu richten. Wir sehen mit dem Bundesminister für Wirtschaft die **Geschäftsgrundlage für das Umstrukturierungskonzept** der Theodor Wuppermann GmbH entfallen.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß, was ich damit sage.

Die sich daraus ergebenden tatsächlichen und rechtlichen Folgen für die öffentlichen Zuwendungsgeber sollten daher gemeinsam von Bund und Land erörtert werden. Wir sehen mit außerordentlichem Interesse der Stellungnahme der Bundesregierung entgegen, ob auch sie die vertraglich geregelten Konsequenzen, d. h. den Rücktritt vom Vertrag und die Rückzahlung der ausgezahlten Beträge, für unvermeidbar hält.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In diesem Fall hätten dann entsprechend die gleichen Konsequenzen für die Anträge der Krupp Stahl AG auf öffentliche Hilfe für die Stillegungsmaßnahmen in Rheinhausen und Leverkusen zu gelten. Das kann man ja wohl nicht isoliert betrachten.

Der Antrag der Krupp Stahl AG auf finanzielle
(B) Beteiligung des Landes an diesen Stillegungsmaßnahmen zeigt doch wieder mal den **Widersinn der stahlpolitischen Finanzierungsmodalitäten** insgesamt. Die Länder — wiederum unabhängig davon, wie die Landesregierung aussieht — sollen sich daran beteiligen, wenn die Stahlunternehmen sich aus bestimmten Standorten vollständig zurückziehen. Das kann nicht mit der regionalpolitischen Verantwortung und den stahlpolitischen Vorstellungen der Landesregierung in Übereinstimmung gebracht werden. Zu den stahlpolitischen Kriterien des Landes gehört auch die industriepolitische Sinnhaftigkeit der Vorhaben der Unternehmen, auch wenn man sie nicht aus der Verantwortung entlassen kann.

Dies generell, aber auch im konkreten Fall zu beurteilen setzt allerdings Klarheit über die **mittelfristige Stahlkonzeption** der Bundesregierung voraus.

(Zuruf von der SPD: Sie hat keine!)

Ein solches Konzept liegt bis heute nicht nur nicht vor, sondern es wird auch abgelehnt, überhaupt eines in Zusammenarbeit zu erstellen, auch unter Wahrung der Unternehmensverantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident meines Landes hat das in seiner Regierungserklärung noch einmal ganz deutlich angemahnt, und nach Meinung Nordrhein-Westfalens müßten u. a. eindeutige Vorstellungen der Bundesregierung zu den Problemen darin enthalten sein: der Übernahme der Theodor Wuppermann GmbH durch die Krupp-Stahl AG und ihre Folgen, der seit langem angekündigten Fusion der (C) Stahlbereiche von Krupp-Stahl und Klöckner mit ihren beabsichtigten Rationalisierungsmaßnahmen, zu denen bekanntlich auch die Schließung der Mittelbandstraße in Leverkusen gehört, und der finanziellen Flankierung der weiteren Umstrukturierungsmaßnahmen entsprechend der sektoralpolitischen Verantwortung des Bundes, und die liegt beim Bund und nicht bei den Landesregierungen.

(Beifall bei der SPD)

Wir teilen vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzung durchaus die Sorge der Betroffenen. Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten diese Bemühungen fortsetzen und hoffen, daß damit auch eine solche Debatte und die klare Zuweisung von Verantwortung ihre Eigendynamik für die Zukunft entwickeln kann.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wissmann.

Wissmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die GRÜNEN haben mit ihrem Antrag zur Aktuellen Stunde vor allem die Sozialdemokraten, auf der Bundesratsbank einerseits und im Plenum andererseits, in erhebliche Verlegenheit gebracht; (D)

(Lachen bei der SPD)

denn während Herr Roth hier eine Schaufensterrede hält und eine laute Klage anstimmt, schildert der nordrhein-westfälische Landesminister die Probleme der letzten Jahre, die seine eigene Landesregierung im Zusammenhang mit Wuppermann zu verantworten hat.

(Roth [SPD]: Aber die sind entscheidungsorientiert! Die machen was!)

Meine Damen und Herren, ich will nur noch einmal an die Fakten erinnern. Die Fakten sehen so aus, daß Ihr Landesminister soeben noch einmal erklärt hat, die **Übernahme der Bürgschaft durch die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen** in Höhe von 34 Millionen DM sei an drei Bedingungen geknüpft gewesen. Die erste Bedingung war die Erhaltung der Stahlquote, und interessanterweise — man merkt es schon an der Reihenfolge — war die letzte Bedingung die Erhaltung des Werkes Wuppermann.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Die Reihenfolge ist doch gleich!)

Dann hat er, wenn man genau zugehört hat, Herr Kollege Wolfram,

(Wieczorek [Duisburg] [SPD]: Sie haben das nicht richtig gelesen!)

erklärt, bei der Übernahme der Bürgschaft habe man sich genau nach dem verhalten, was der Vorstandsvorsitzende der Firma Krupp im Haushalts-

Wissmann

(A) ausschuß des nordrhein-westfälischen Landtages zuvor erklärt habe.

(Zurufe von der SPD)

Nun darf ich noch einmal aus einem zu einem anderen Zeitpunkt schon erwähnten Interview zitieren, das derselbe Vorstandsvorsitzende am 13. Juni im Fernsehen des Westdeutschen Rundfunks gegeben hat. Er sagt — ich zitiere wörtlich —: „Ich habe vor dem Haushaltsausschuß" — also genau bevor Sie die Zusage gegeben haben — „gesagt, nach dem Stand 1983 werden wir, die Krupp AG, von zwei Mittelbandstraßen höchstwahrscheinlich eine behalten können". Das heißt, eine gab es in Bochum, eine bei Wuppermann. Es konnte kaum jemand davon ausgehen, daß die Bochumer geschlossen werde,

(Roth [SPD]: Alles falsch!)

d. h. es mußte schon damals mindestens in Kauf genommen werden, daß diejenigen, die die Bürgschaft geben, mindestens stillschweigend hinnehmen, daß möglicherweise Wuppermann in diesem Prozeß auf Dauer mit seinen Arbeitsplätzen nicht erhalten werden könne.

(Wieczorek [Duisburg] [SPD]: In Bochum gab es doch gar keine Mittelbandstraße! — Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, deswegen diskutieren wir heute nicht ein Problem der Bundesregierung, sondern ein mißlungenes Beispiel für die von Herrn

(B) Roth geforderte **nationale Stahlpolitik** am Beispiel **interventionistischer fehlgeschlagener Versuche** der nordrhein-westfälischen Landesregierung.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: So ein Quatsch! — Weitere Zurufe von der SPD)

— Meine Damen und Herren, Ihre Aufregung zeigt, daß ich offensichtlich treffe, wenn ich dies sage,

(Weitere Zurufe von der SPD)

und dann kann ich ja auch noch hinzufügen, daß bereits im Januar dieses Jahres die Betriebsleitung von Krupp bei der nordrhein-westfälischen Landesregierung die **voraussichtliche Stillegung** angekündigt hat

(Wieczorek [Duisburg] [SPD]: Sie sind also dafür?)

und daß deswegen die Frage zu stellen ist, warum die nordrhein-westfälische Landesregierung die Wahlen hat verstreichen lassen, bevor sie den Arbeitnehmern, den Menschen die Wahrheit über die voraussichtlich erwarteten Stillegungen mitgeteilt hat. Das halte ich für unredlich!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Wieczorek [Duisburg] [SPD]: Sie sind also dafür?)

Meine Damen und Herren, wir meinen, daß jetzt eine ernsthafte **Prüfung der Konzeptveränderung** abgewartet werden muß. Der Herr Staatssekretär hat mitgeteilt, daß die Treuarbeit eingeschaltet ist. Uns kommt es darauf an, daß alles versucht wird, um den Menschen, die von einer möglichen Stillegung betroffen sind, im Falle einer Stillegung (C)

(Wieczorek [Duisburg] [SPD]: Sie sollen nicht reparieren! — Urbaniak [SPD]: Tun Sie was dagegen!)

Ersatzarbeitsplätze anzubieten.

(Weitere Zurufe von der SPD)

— Ihre Aufregung wäre gerechtfertigter, wenn Sie sich kritischer mit der fragwürdigen Haltung Ihrer Genossen in der Landesregierung auseinandersetzen würden

(Zustimmung bei der CDU/CSU und der FDP)

und auch mit dem mißlungenen Beispiel bürgschaftspolitischer Intervention, das ich gerade eben dargestellt habe.

(Zustimmung bei der CDU/CSU und der FDP — Zuruf von der SPD: Sie sind ein Witzmann!)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Das Konzept der GRÜNEN und der SPD ist zum Scheitern verurteilt.

(Zurufe von der SPD)

Staatliche Interventionen haben in allen westeuropäischen Ländern nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze bewirkt.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Wir haben in Deutschland schon zu viele Arbeitsplätze verloren, aber wir haben in Deutschland weniger Arbeitsplätze verloren (D)

(Zurufe von der SPD: Bis Sie drankamen! — Bis zur Wende! — Es lebe die Stillegung!)

als in den Ländern, in denen es staatliche Stahlunternehmen gibt. Wir wollen den Weg, den Sie vorschlagen, im Interesse der Arbeitnehmer nicht mitgehen, sondern weiterhin mit **marktwirtschaftlichen Methoden** an die Probleme der Stahlindustrie herangehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe von der SPD: Sie sind ein Witzmann! — Ideologen aller Länder, vereinigt euch!)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Wiefel.

Wiefel (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich doch bitte einmal einiges aus lokaler Sicht sagen. Wer in diesen Tagen nach Leverkusen kommt, wird Menschen antreffen, die in tiefer **Sorge um** ihren **Arbeitsplatz** sind; bei uns nennt man sie liebevoll „die Wuppermänner". Wuppermann ist ein Unternehmen, das eine 113jährige Familientradition hinter sich hatte, bevor es von Krupp übernommen wurde.

Aber nicht nur die Betroffenen und ihre Familien sind voller Sorge. Mit ihnen haben sich Mitarbeiter anderer Betriebsbereiche, die Gewerkschaften, die

Wiefel

(A) Kirchen und alle Parteien solidarisiert. Die Sorge treibt die Menschen um, weil schon vor einigen Jahren ein Zweigbetrieb der Firma Klöckner im Stadtteil Opladen sowie die Schusterinsel AG, ein Textilbetrieb, mit jeweils mehreren hundert Arbeitsplätzen — so muß ich jetzt sagen — vernichtet wurden. Wenn jetzt auch die Firma Wuppermann, die 1975 noch eine Belegschaftsstärke von 2 700 Menschen hatte, welche, als 1983 Krupp Stahl bei Wuppermann einstieg, bereits auf 1 800 Mitarbeiter reduziert wurde und heute noch bei 1050 Arbeitsplätzen — davon 120 Auszubildende, also bemerkenswerterweise über 10% — liegt, stillgelegt wird, werden im Stadtteil Manfort die Lichter ausgehen. Der überwiegende Teil der Belegschaft wohnt dort. Das wird neben der **Not der Betroffenen** zwangsläufig auch wirtschaftliche **Folgen für die Allgemeinheit** haben, und die Monostruktur dieser Stadt wächst.

Es hat genügend Optimisten gegeben, die mir gegenüber geäußert haben, der Großbetrieb Bayer werde dann schon die freigesetzten Arbeitskräfte aufnehmen. Aus Gesprächen mit der Leitung der genannten Firma ist mir bekannt, daß dies — bei allem Entgegenkommen, das man dort findet — nur in wenigen Ausnahmefällen möglich ist.

Aus vielerlei Gesprächen mit Betriebsräten und Belegschaftsmitgliedern weiß ich, wie groß der Unmut ist, der sich hier breitmacht. Man fühlt sich hinters Licht geführt, man fühlt sich verraten, man fühlt sich betrogen.

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Zu Recht!)

(B) Im Kaufvertrag hat die Krupp Stahl AG die Absicht bekundet, die Masse der Arbeitsplätze zu erhalten.

(Dr. Köhler [Duisburg] [CDU/CSU]: Ist doch nicht wahr!)

Herr Kollege Wissmann, ich kann Ihrer Fehlinterpretation hier nicht folgen. Das war eine wahre Mohrenwäsche.

(Beifall bei der SPD — Dr. Lammert [CDU/CSU]: Wo denn? Lesen Sie mal die entscheidende Passage des Kaufvertrages vor!)

— Das können Sie alles im Vertrag nachlesen.

Absichtserklärungen sind bekanntlich nicht einklagbar, sowenig wie die Aussage des Bundeskanzlers.

Meine Damen und Herren, es ist erschreckend, wie sich Verantwortliche, man muß fast sagen, kalt und menschenverachtend — das Empfinden überkommt einen — im Fernsehen zu den Problemen äußern. Es hat mich, offen gestanden, gefröstelt, als ich Herrn Gödde auf dem Bildschirm sah und seine eiskalte Erklärung hörte, als er für den Krupp-Vorstand sagte, man werde diesen Weg unbeirrbar weitergehen. Das Wort für die Betroffenen fiel mager und wenig zukunftverheißend aus.

Herr Kollege Lammert, ich habe, als ich Sie anhörte, auch einen solchen Hauch verspürt. Das war so etwas, ich hätte bald gesagt, Computersprache. Der Bürger auf der Straße begreift es nicht, daß hohe Bürgschaften des Landes und Zuschüsse des Bundes, die dem einzigen Zweck der Erhaltung der Arbeitsplätze dienen sollen — und dies hat der Vorstand der Krupp Stahl AG auch gegenüber der Landesregierung, dem Haushalts- und Finanzausschuß und den Altgesellschaftern als Konzeptverwirklichung zugesagt —, jetzt der Vernichtung von Arbeitsplätzen dienen sollen. (C)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage nur: Keine müde Mark für solche Vorhaben!

(Beifall bei der SPD)

Vielmehr muß ich an die Moral eines Unternehmens mit weltweitem Namen, die Firma Krupp, und an den Bundeskanzler appellieren, Absichtserklärungen und Versprechungen zu halten und den Menschen bei Wuppermann den Arbeitsplatz zu sichern. Meine Damen und Herren, wir reden so oft vom Wettkampf der Systeme: Ein System wird auf die Dauer verlieren, das nicht mehr die Menschen im Vordergrund sieht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Schulhoff.

Schulhoff (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei Ihrer rhetorischen Filmvorführung, Herr Roth, haben Sie leider den Hauptdarsteller, nämlich das Land Nordrhein-Westfalen, vergessen. Auch haben Sie sich vorher — und das ist viel wichtiger — nicht mit Ihren Freunden in Nordrhein-Westfalen abgesprochen, wie gerade die Ausführungen von Herrn Einert sehr deutlich gemacht haben. Ich bin der Meinung, daß wir dem Thema mit billiger Polemik nicht nahekommen, und ich bin sehr froh über die Ausführungen meines Vorgängers. Wir wollen nämlich den Menschen sehen, den es hier ganz hart trifft. (D)

Obwohl der Prozeß der Strukturverbesserung und damit die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie noch nicht abgeschlossen ist — das kann keiner leugnen —, kann man heute schon sagen, daß diese Regierung mit ihrem Förderungskonzept jetzt schon erste Erfolge verbuchen kann. Im Gegensatz dazu hat doch die vorherige Bundesregierung über ein Jahrzehnt — und da waren Sie doch auch da, Herr Roth — tatenlos zugesehen, wie immer mehr deutsche Stahlarbeitsplätze der internationalen Konkurrenz zum Opfer fielen, und das nicht, weil diese Arbeitsplätze unrentabel waren, sondern weil unerträgliche Wettbewerbsbedingungen vorlagen. Hier ist insbesondere auch an das Subventionierungsgebaren unserer europäischen Freunde zu denken.

Erst diese Bundesregierung hat unter Inanspruchnahme öffentlicher Haushalte Strukturbeihilfen gegeben, die endlich einen Konsolidierungsprozeß im Stahlsektor einleiteten. Hinzu kommen ihre Erfolge, daß der prozentuale Anteil — darüber wurde auch noch gerungen — der deutschen Stahlerzeugung an der europäischen Stahlproduktion

Schulhoff

(A) nicht vermindert wurde und die Aussicht besteht, daß die unheilvolle Subventionierungspraxis endlich zu Ende geht.

Bei der Beurteilung der Situation Wuppermann aus Bundessicht müssen meiner Ansicht die derzeitigen Förderungsmaßnahmen der Bundesregierung und ihre Zielrichtung betrachtet werden. Diese haben nämlich eine zweifache Richtung, einmal die Rationalisierungsmaßnahmen einzuleiten, die langfristig die Rentabilität der Unternehmen erhöhen, damit natürlich auch ihre internationale Konkurrenzfähigkeit stärken, und zweitens die Arbeitsplätze nachhaltig zu sichern. Modernisierung sowie Steigerung der Produktivität sind dabei ebenso notwendig und unvermeidbar wie der Abbau überhöhter Kapazitäten. Gerade die erhöhte Investitionszulage sollte dazu beitragen — wie auch die Strukturverbesserungsbeihilfen —, die Investitions- und Modernisierungsfähigkeit der Stahlindustrie zu verbessern.

Diese von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen können aber nur dann erfolgreich wirken, wenn gewährleistet ist, daß die Unternehmen rasch und zügig das ihnen angebotene Förderungskonzept nutzen. Deshalb wurden die Maßnahmen auch auf drei Jahre begrenzt. Weiter legt die Bundesregierung großen Wert darauf, daß die Erarbeitung und Ausführung der Konzepte in der **unternehmerischen Verantwortung** liegen muß. Die Stahlerzeuger müssen sich selbst wieder am Markt behaupten können. Deshalb hat die Bundesregie-
(B) rung dem Unternehmen auch keine Auflagen erteilt, einzelne Betriebsstätten zu erhalten; denn jede Fortschreibung von Strukturen birgt die Gefahr, dauersubventionsabhängige Arbeitsplätze zu erhalten, und das wollen Sie doch auch nicht.

(Zuruf von der SPD)

Angesichts des Ausmaßes der weltweiten Stahlkrise kann nicht davon ausgegangen werden, daß alle Standorte erhalten bleiben.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Weder die Bundesregierung noch der Kanzler haben sich dafür hier an dieser Stelle ausgesprochen.

(Zurufe von der SPD)

Ferner sind betriebswirtschaftliche Überlegungen zur Rationalisierung allein Aufgabe der Unternehmen und nicht Aufgabe des Staates; denn das geht meistens daneben.

Nur diese Entscheidungskriterien dürften den Bund bei Gewährung von Zuschüssen — oder in diesem Fall vielleicht bei der Rückforderung bereits geleisteter Zuschüsse — leiten.

Meines Wissens, mein Damen und Herren, hat die Firma Krupp keine verbindliche Zusage im Rahmen der Beihilfegewährung zum **Erhalt des Standortes** der Firma Wuppermann gegenüber abgegeben.

(Zurufe von der SPD)

Nur das Land Nordrhein-Westfalen hat mit der Gewährung seiner Bürgschaft den Anschein erweckt, als ob hier eine Zusage (C)

(Zurufe von der SPD)

zum Erhalt des Standortes gegeben wurde. Diese Frage müssen Sie selbst nach Ihrem Gewissen entscheiden. Meiner Ansicht nach findet die Diskussion hier weder zum richtigen Zeitpunkt noch am richtigen Ort statt; denn sie müßte im Landtag Nordrhein-Westfalens, nämlich in Düsseldorf, stattfinden.

(Zuruf von der SPD)

Haben Sie Ihre Zusage nur aus wirtschaftlicher Inkompetenz gegeben? Oder war das wiederum eine Wahlkampfmaßnahme?

(Zurufe von der SPD)

Die Beantwortung dieser Frage überlasse ich Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Jens.

Dr. Jens (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde, es ist schon entlarvend, wie hier der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU sich hinstellt und die **Unternehmensinteressen der Firma Krupp** vertritt und quasi für die Stillegung von Wuppermann plädiert.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU) (D)

Ich kann gut verstehen, daß die Arbeitnehmer in Leverkusen auf die Barrikaden gehen. Wenn man weiß, daß jeder Zehnte in dieser Republik arbeitslos ist, dann versteht man, daß jeder um seinen Arbeitsplatz kämpft. Leider hat diese Regierung bisher überhaupt nichts zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit getan.

(Beifall bei der SPD — Kroll-Schlüter [CDU/CSU]: Da müssen Sie aber geschlafen haben! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Ich will nicht polemisieren, aber ich will zwei Sachen festhalten. Ich glaube, nach Durchsicht der Daten muß man sich, wenn man sich die Chronologie der Entscheidungen ansieht, erstens eingestehen: Diese Entscheidungen über die Stillegung von Wuppermann sind nicht korrekt zustande gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens muß man sagen: Das Land hat zweifellos eine Bürgschaft von 34 Millionen DM unter der Auflage gegeben, daß die Arbeitsplätze in Leverkusen erhalten bleiben.

(Beifall bei der SPD — Wissmann [CDU/CSU]: Selbst die Zahl stimmt nicht!)

Was hier gemacht wird, ist eine Art von Subventionsschwindel.

(Wissmann [CDU/CSU]: Sie kennen ja nicht mal die Zahlen!)

Dr. Jens

(A) Meine Damen und Herren, was hier passiert, schadet nicht nur der Firma Krupp, ich behaupte, das schadet allen Unternehmen in der Stahlindustrie.

Ich darf vielleicht noch sagen, daß ich die GRÜNEN, die diese Aktuelle Stunde beantragt haben, auch nicht verstehe. Ich finde das ein bißchen peinlich. Ich kenne Beispiele dafür, daß Sie in meinem Bereich gegen jeden Rauch, gegen jeden Lärm aus einem Stahlwerk scharf protestieren, und hier setzten Sie sich für die Arbeitnehmer bei Wuppermann ein, was aus meiner Sicht ziemlich heuchlerisch wirkt.

(Vogel [München] [GRÜNE]: Umweltschutz schafft Arbeitsplätze, sagen Sie sonst immer! Jetzt gilt das nicht!)

Wenn die Beschäftigung besser wäre, dann wäre der Strukturwandel leichter zu ermöglichen. Aber die Regierung hat jetzt — gerade gestern — ihre eigenen Prognosen über die Arbeitsmarktsituation korrigiert.

Die Firma Krupp hat mit den Millionenbeträgen des Staates überhaupt nichts getan, um neue, zukunftsträchtige Arbeitsplätze zu schaffen. Ganz schlimm ist: Das **Ersatzarbeitsplatzprogramm für die Stahlstandorte** läuft Ende 1985 aus. Die Regierung und die CDU tun nichts, um hier neue Hilfen für die Stahlstandorte zu erreichen.

(Beifall bei der SPD — Wissmann [CDU/CSU]: Sonst reden Sie gegen Subventionen! Jetzt wollen Sie welche!)

(B) Der Bundeskanzler Kohl hatte im Wahlkampf 1983 gesagt, er wolle sich persönlich um die Situation der Stahlindustrie und um die Sicherung der Arbeitsplätze kümmern. Aber davon sehen wir überhaupt nichts. Der Enkel Adenauers denkt offenbar wie Adenauer: Wat kümmert mich mein Jeschwätz von jestern?

(Wissmann [CDU/CSU]: Und der Marktwirtschaftler Jens will Subventionen!)

Meine Damen und Herren, Herr Köhler sitzt in dieser Stahlindustrie. Da müßte etwas neu geordnet werden. Mit Marktwirtschaft hat dieser Wirtschaftszweig überhaupt nichts mehr zu tun. Wir fordern noch einmal: Unternehmer, Gewerkschaften und Regierung gehören an einen Tisch, und die müssen ein vernünftiges Konzept ausarbeiten. Ein **Stahlausschuß** muß her; der ist dringend notwendig. Die Stahlstandorte müssen im Kern erhalten bleiben.

(Beifall bei der SPD — Wissmann [CDU/CSU]: Was heißt „im Kern"?)

Aber durch die Rederei dieser Regierung — auch durch Ihre Ausführungen — sieht man einmal mehr: Sie wollen die Probleme gar nicht lösen. Diese Regierung hier ist auch nicht in der Lage, diese Probleme zu lösen.

(Beifall bei der SPD — Zurufe von der CDU/CSU)

Ich meine, Wuppermann hätte eine Zukunft. Die Auftragslage ist gut, die Produktionsanlagen sind relativ modern. 1984 hatten wir ein ausgeglichenes (C) Betriebsergebnis; dabei werden noch Verrechnungspreise angewendet, die mit hoher Wahrscheinlichkeit dazu beitragen, daß Gewinne von Wuppermann auf die Muttergesellschaft weggedrückt werden.

Die Arbeitnehmer bei Wuppermann haben die Solidarität der Sozialdemokraten. Wir sagen: Wuppermann darf nicht sterben!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, Herr Grüner.

Grüner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Herr Kollege Dr. Jens hier von Subventionsschwindel mit Blick auf die Firma Krupp spricht, so möchte ich doch mit großer Entschiedenheit darauf hinweisen, daß alle diese Abmachungen unter dem vertraglichen Gesichtspunkt getroffen worden sind, daß **Änderungen des Konzeptes** möglich sind, und daß das die Konsequenz haben kann — die ich hier dargestellt habe —, daß gewährte Subventionen auch zurückgefordert werden können. Ich halte es einfach für unvertretbar, daß hier in der Öffentlichkeit ein so falscher und schädlicher Eindruck erzeugt wird.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich habe aber Veranlassung, eine Frage an die (D) nordrhein-westfälische Landesregierung zu stellen, denn hier hat Herr Einert für die nordrhein-westfälische Landesregierung gerade gefordert, daß der **Wegfall der Geschäftsgrundlage** die vertraglich geregelten Konsequenzen, letztlich also den Rücktritt vom Vertrag und die **Rückzahlung der ausgezahlten Beträge,** unvermeidbar macht. Ich wäre sehr interessiert, ob die sozialdemokratische Fraktion diese Auffassung teilt und ob auch die nordrhein-westfälische Landesregierung diese Aufforderung allen Ernstes an die Bundesregierung richtet.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Eine vorherige sorgfältige Prüfung würde ich Ihnen jedenfalls empfehlen.

(Wissmann [CDU/CSU]: Sehr gute Frage!)

Voreilige und von Emotionen getragene Beschlüsse könnten nämlich dem gesamten Unternehmen Krupp/Wuppermann mit seinen mehr als 20 000 Stahlarbeitsplätzen erheblichen Schaden zufügen

(Wissmann [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

und diese Arbeitsplätze möglicherweise insgesamt gefährden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Wissmann [CDU/CSU]: Sozialdemokratische Stahlpolitik!)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Es ist eine Verzerrung der Darstellung dieser Diskussion, wenn wir aus dem Auge verlieren, daß alle öffentlichen Subventionen, ob vom Land oder vom Bund gegeben, nur das einzige Ziel hatten: möglichst viele

Parl. Staatssekretär Grüner

(A) Arbeitsplätze zu erhalten, und daß wir an dieses geänderte Konzept der Firma Krupp unter demselben Gesichtspunkt, nämlich möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten, herangehen müssen.

Die Bundesregierung leidet unter dem Verlust jedes einzelnen Arbeitsplatzes, ob in Bremen, ob in Bochum, ob in Leverkusen. Das ist unsere gesamtwirtschaftliche Verantwortung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Wieczorek [Duisburg] [SPD]: Sie sind nicht zum Jammern da, Herr Staatssekretär, sondern zum Handeln!)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Müller (Wadern).

Müller (Wadern) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich in aller Deutlichkeit dem Vorwurf widersprechen, Herr Kollege Dr. Jens, den Sie in Richtung des Kollegen Wissmann ausgesprochen haben, er vertrete die Argumente der Firma Krupp.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Hat er doch! — Weitere Zurufe von der SPD)

Mit keiner Silbe ist das von ihm so gesagt worden, wie Sie das dargestellt haben. Es ist lediglich von ihm ausgeführt worden, daß für den Eventualfall der Schließung der Firma, von der wir reden, Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden müssen.

(B) Firmenschließungen sind eine schlimme Sache. Da stimme ich dem Kollegen Wiefel durchaus zu. Ich weiß es, weil auch in meinem Wahlkreis derzeit von einer Firmenschließung — ein Fertighausbetrieb mit 600 Arbeitsplätzen — die Rede ist. Ich kenne die Nöte der dortigen Arbeitskräfte und ihrer Familien.

Zwei Bemerkungen aber zum Grundsätzlichen in der Stahlpolitik müssen doch nach dem Verlauf dieser Debatte erlaubt sein: Sie, meine verehrten Kollegen von der SPD, treten im Bundestag auf und erklären, Sie hätten, wären Sie in der Verantwortung, ein geschlossenes Stahlkonzept und die Lösung aller Probleme.

(Wissmann [CDU/CSU]: Nix haben sie!)

Ich kenne diese Töne als saarländischer Abgeordneter sehr genau.

Der jetzige saarländische Ministerpräsident **Lafontaine** trat während des Wahlkampfes auf und erklärte, die SPD und er wären in der Lage, ein Konzept vorzulegen, um bei **Arbed-Saarstahl** für klare Verhältnisse zu sorgen.

(Wissmann [CDU/CSU]: Und was ist?)

Vor seinem Amtsantritt hat Herr Lafontaine überall getönt, er werde die Sache bei Arbed selbst in Ordnung bringen.

(Wieczorek [Duisburg] [SPD]: Ist denn Wuppermann im Saarland?)

Er hat wohl zu diesem Zeitpunkt den ganzen Sachverhalt noch nicht richtig überblickt. Denn seit er durch eifriges Aktenstudium über die Situation bei Arbed informiert ist, wird Lafontaine immer leiser, (C) und von seinem großartig verkündeten Konzept ist nicht mehr viel übriggeblieben.

(Wieczorek [Duisburg] [SPD]: Wuppermann ist in Leverkusen!)

Schon in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit ist die Ernüchterung der Stahlarbeiter an der Saar eingetreten. Dies wird uns aus allen Betriebsversammlungen berichtet.

(Wissmann [CDU/CSU]: So ist es!)

An diesem Beispiel Lafontaine — das gilt genauso für Johannes Rau — möchte ich nur darstellen, daß die Stahlpolitik der SPD lediglich Stückwerk ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will eine zweite Bemerkung machen: Sie müssen doch zugeben, daß unsere **Umstrukturierungsmaßnahmen** nach zwei Jahren überzeugende Erfolge zeigen.

(Zurufe von der SPD: Wo?)

Sie wie wir wissen doch, daß in unserer Stahlindustrie Umstrukturierungen erfolgen müssen und erfolgen mußten. Sie möchten dies durch massive staatliche Einflußnahme erreichen. Von Verstaatlichung sprechen Sie wohlweislich nicht, Sie sprechen von **Vergesellschaftung.** Sie geben dem Begriff aber nur ein anderes Etikett. Sie müssen sich aber die Erfolge unserer Stahlindustrie bei der Umstrukturierung ansehen und zugeben,

(Zurufe von der SPD: Wo?)

daß unsere im wesentlichen privatwirtschaftlich (D) organisierte und mitbestimmte Stahlindustrie effizienter und wettbewerbsfähiger ist als die staatlichen Stahlindustrien z. B. in Frankreich oder in Großbritannien.

(Zurufe von der SPD)

Ich möchte Ihnen nur noch einmal in Erinnerung rufen, welche finanziellen Dimensionen auf Sie zukommen würden, wenn Ihre Vergesellschaftungspläne fortgesetzt würden. Der französische Staat hat für 1984 — ich betone: nur für das Jahr 1984 — für die Stahlindustrie Verluste in Höhe von etwa 5 Milliarden DM abzudecken. Diese Verluste treten gerade deswegen auf, weil nicht mehr Unternehmenspolitik nach marktwirtschaftlichen Kriterien betrieben wird.

(Zurufe von der SPD)

Meine verehrten Kollegen, ich kann Sie nur warnen. Sie werden scheitern, wenn Sie auf die Dauer den Weg, den unsere Wirtschaftsordnung vorsieht, nicht weiterverfolgen und statt dessen den Weg weiter in Frage stellen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Urbaniak.

Urbaniak (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst eine Bemerkung zum Parla-

(A) mentarischen Staatssekretär Grüner. Herr Grüner, wenn Sie die Ausführungen von Herrn Einert richtig aufgenommen haben, dann erübrigen sich die Fragen, die Sie hier gestellt haben.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt: Sie sollten es unterlassen — ich habe das bei Ihnen bisher nicht festgestellt, aber es scheint sich einzuschleichen —, den Betriebsrat Wuppermann gegen den Betriebsrat von Kruppstahl und gegen den von Rheinhausen auszuspielen. Das darf man nicht machen!

(Beifall bei der SPD)

Die **Betriebsräte** streiten für ihre Arbeitsplätze. Das ist legitim, das wird erwartet, und das muß auch so sein. Spielen Sie nicht einen Betriebsrat gegen den anderen aus. Das ist keine faire Sache der Bundesregierung. Das sage ich klipp und klar.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Wissmann, Sie müssen sehr sorgfältig argumentieren;

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie auch!)

denn es gibt oder gab eine **Mittelbandstraße** von Krupp in Werdohl; die ist stillgelegt. Wenn es also eine Konsequenz gäbe, müßte die bei den „Wuppermännern" erhalten werden.

(Zuruf von der SPD: Genau das! — Wissmann [CDU/CSU]: In Bochum!)

(B) — In Bochum gibt es keine Mittelbandstraße, sondern eine Grobblechstraße.

Kollege Beckmann, lassen Sie doch bitte den Ministerpräsident Rau aus dem Spiel. Der Ministerpräsident kennt sich an den Stahlstandorten gut aus; denn dort hat er überproportionale Stimmenergebnisse erhalten.

(Beifall bei der SPD — Lachen bei der CDU/CSU)

— Ja, das ist die Vertrauensbasis, und die FDP haben wir da unter Denkmalschutz gestellt, weil wir schon gar nicht mehr rechnen können, wie Sie da aussehen.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der FDP)

Ich sage das hier so, wie es ist.

Die Landesregierung hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Krupp das überhaupt machen konnte, und sie hat richtig und zukunftsweisend gehandelt. Warten Sie erst mal ab, wie das bei der **Georg-Marien-Hütte** und von der hannoveranischen Regierung gemacht werden wird. Wir danken der Landesregierung dafür. Beim Vortrag von Herrn Gödde im Finanz- und im Haushaltsausschuß waren Ihre CDU-Kollegen dabei. Haben Sie denn da die Fragen gestellt, die Sie hier aufwerfen?

(Wissmann [CDU/CSU]: Sie haben doch die Bürgschaft gegeben!)

Also verschanzen Sie sich nicht hinter diesen Dingen! Die Landesregierung hat richtig gehandelt. Wir unterstützen sie. (C)

(Beifall bei der SPD — Lachen bei der CDU/CSU)

Bedenken Sie einmal, wie schluderig man mit der Betriebsverfassung durch die Vorstandsherren umgegangen ist: Da wird der Betriebsrat nicht informiert. Da wird das **Aufsichtsratsmitglied Hölpert,** der zusammen mit Herrn **Gödde** und weiteren im Aufsichtsrat ist, nicht informiert. Da wird eine Gesellschaftsversammlung gemacht. Es wird gekappt und stillgelegt, und der Betriebsrat kriegt das Ergebnis mitgeteilt. Ist das vertrauensvolle Zusammenarbeit nach unserer Verfassungslage?

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht in Ordnung. Darum sage ich Ihnen, man muß für den Erhalt der Arbeitsplätze weiter kämpfen. Wenn wir sie dennoch nicht retten können: Wir haben die soziale Flankierung gegen Ihren Widerstand durchgesetzt, damit man wenigstens den älteren Kollegen helfen kann, und das ist ganz wichtig.

Was uns allerdings droht, Kollege Grüner, mit Beendigung des **Subventionskodexes** und den Einlassungen, die die Bundesregierung auf unsere Fragen bisher dazu gegeben hat, welche Subventionswelle der anderen europäischen Staaten da auf uns zukommt, das ist ja noch nicht entschieden. Ich hoffe, daß Sie das alles bedenken, damit wir nicht in eine weitere Zerreißprobe mit unserer Stahlindustrie kommen; denn die Bundesregierung ist ja offensichtlich nicht in der Lage, mit den Problemen an den Stahlstandorten fertigzuwerden. Was sie bisher vorgelegt haben, ist eine schlechte Bilanz. (D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Köhler (Duisburg).

Dr. Köhler (Duisburg) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die GRÜNEN haben eins fertig gebracht: Sie haben hier ein Scheingefecht hervorgerufen, und ich mache jetzt den Versuch, die alte Stahlfraktion wiederherzustellen, weil ich der Meinung bin, daß sehr viele Argumente von falschen Tatsachen ausgegangen sind. Ich werde versuchen, die eine oder andere richtigzustellen.

Mir liegt daran zu sagen: Sie, die Sie so lange in der Regierungsverantwortung waren, wissen, wie schwer es uns gefallen ist, erstklassigen deutschen Facharbeitern — genauso erstklassig wie in anderen Ländern — klarzumachen: sie müssen nach Hause gehen, weil in Lothringen die Arbeitsplätze mit Subventionen erhalten wurden. Wir sollten das nicht vergessen. Wir haben einen europäischen Hintergrund.

(Roth [SPD]: Welcher Stahlstandort wurde ganz dichtgemacht während unserer Koalition? Sagen Sie das!)

Dr. Köhler (Duisburg)

(A) — Moment. Es wäre gut, wenn Sie mich zu Ende reden ließen, weil ich dann vielleicht auch dazu etwas sagen könnte.

Sie haben zwar keinen Standort stillgelegt, aber die Stahlindustrie alleingelassen. Sie haben weder in Europa

(Wolfram [Recklinghausen] [SPD]: Ist doch nicht wahr!)

etwas erreicht noch haben Sie hier im Lande etwas getan.

(Roth [SPD]: Lambsdorff! Leider!)

Ich bitte Sie, zu berücksichtigen, daß es eine andere Bundesregierung war, die zum erstenmal entsprechende Maßnahmen plante.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Mit demselben Wirtschaftsminister!)

Nun sage ich etwas zu dem, Herr Kollege Roth, was Sie gesagt haben. Ich mache das auf meine persönliche Weise. Wir sollten beide gemeinsam noch einmal den **Brief** lesen, den Ihnen **Herr Wuppermann** geschrieben hat. Sie haben nämlich mit ein paar Dingen argumentiert, die nicht drinstehen. Mir liegt daran — das können wir hier nicht ausbreiten —, daß wir unter uns die Tatsachen würdigen und nichts Falsches öffentlich verbreiten.

(Dr. Lammert [CDU/CSU]: Sehr bemerkenswert!)

(B) Als nächstes möchte ich etwas zum **Stahlkonzept** sagen: Ich gebe dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Land Bayern einen Rat. Es steht ja noch die **Fusion von Klöckner und Krupp** aus. Wir wissen, daß diese Fusion scheitern muß, wenn man von einem Land, Niedersachsen, verlangt, ein Drittel der Stillegungskosten zu übernehmen, und der Vorteil der Maßnahme im Rheinland oder in Nordrhein-Westfalen und in Bayern landet.

Wenn wir also bei unserer gemeinsamen Politik — umstrukturieren ja, aber sozial verträglich — bleiben wollen, läge doch hier eine Chance. Aber das Verlangen, daß das Land Niedersachsen gewissermaßen für die Sicherung von Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen und in Bayern Geld gibt, ist ein unmenschliches Verlangen.

(Frau Fuchs [Köln] [SPD]: Richtig!)

Eine Initiative der beiden betroffenen Länder würde ich sehr begrüßen.

Nun wende ich mich unserem Bundesratsminister Einert zu. Jetzt hat ja jeder den Namen gehört — weil einige Kollegen ihn noch nicht kannten. Ich kenne natürlich den Verlauf der Sitzung. Das, was Sie zu den zwei ersten Punkten vorgetragen haben, ist vollkommen richtig, nämlich Verhinderung der Auswanderung der Quote — ein ungemein motivierendes Argument — und zweitens die Sicherung von 30 % Rohstahlerzeugung in Rheinhausen — ein absolut motivierendes Element. Aber beim dritten Punkt haben Sie eine andere Wortwahl bevorzugt. Der dritte Punkt hieß damals: Verhinderung der sofortigen Stillegung.

Alle drei Ziele haben Sie damit erreicht. Ich (C) schelte Sie wegen dieser Entscheidung nicht. Auch nicht meine CDU-Kollegen im Landtag, auch nicht meine SPD-Kollegen im Landtag. Nur, wogegen ich bin, ist, daß wir jetzt nachträglich das dritte Ziel, die Verhinderung der sofortigen Stillegung, in eine Standortgarantie umdrehen, die niemals und von niemandem gegeben worden ist.

Nun komme ich zu den — —

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, ich muß Ihnen leider sagen, daß Ihre Redezeit bereits überschritten ist. Noch einen letzten Satz.

Dr. Köhler (Duisburg) [CDU/CSU]: Also, einen Satz — aber einen langen,

(Heiterkeit)

mit vielen Kommas.

Vizepräsident Westphal: Nein, Herr Köhler. Da muß ich Sie unterbrechen. Dann müssen Sie jetzt das Rednerpult verlassen.

(Dr. Köhler [Duisburg] [CDU/CSU]: Ich habe es halt versucht, Herr Präsident!)

Es tut mir leid. Wir haben eine Aktuelle Stunde. Bei der gelten ganz harte Regeln — auch wenn das eine fröhliche Sache sein und bleiben kann. Sie haben noch die Gelegenheit, kurz Ihre Rede abzuschließen.

Dr. Köhler (Duisburg) (CDU/CSU): Natürlich. — Ich will noch etwas zu der Höhe der Leistungen des (D) Landes sagen — —

Vizepräsident Westphal: Nein, Herr Abgeordneter, das geht nicht. Es tut mir leid. Sie haben Ihre Redezeit über eine Minute überschritten.

Dr. Köhler (Duisburg) (CDU/CSU): Aber durch die Unterhaltung zwischen uns beiden.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Westphal: Ja, zum Teil.

Dr. Köhler (Duisburg) (CDU/CSU): Herr Präsident, ich folge Ihrer Aufforderung.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Westphal: Ich glaube, es ist ratsam, den Regeln zu folgen. Sie waren trotzdem gut bedient.

Mein Problem ist, daß mir bis jetzt keine Wortmeldung für einen zwölften Redebeitrag in der Aktuellen Stunde von einer Fraktion, die darauf zunächst Anspruch hätte, vorliegt. Mir liegt andererseits eine Wortmeldung des Abgeordneten Roth vor. Ich würde ihm das Wort erteilen, wenn der andere Anspruch nicht erhoben wird. — Okay. Als letzter Redner in der Aktuellen Stunde hat der Abgeordnete Roth das Wort.

Roth (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich. — Herr Parlamentari-

(A) scher Staatssekretär Grüner hat — bezogen auf einen Begriff, den Herr Jens verwendet hat — eine Frage an uns gestellt. Herr Jens hat wiedergegeben, wie in Leverkusen geredet wird. Man empfindet das als wirklichen Subventionsschwindel. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel.

Der Hintergrund der Angelegenheit sieht doch so aus: Sie führen unter Ausschluß der Öffentlichkeit ständig Verhandlungen mit den betroffenen Unternehmen, aber Sie sagen selber nicht, mit welcher **Stahlstruktur** es in Deutschland langfristig weitergehen soll. Das weiß doch niemand. Das heißt: Wenn Sie das Verhalten der Bundesregierung, die Kriterien — auch bezogen auf die vielen Stahlstandorte —, nach denen Sie sich richten wollen, nicht bekanntgeben, dann führt das zu Mißtrauen. Das hat inzwischen zu einer Auseinandersetzung in bezug auf die Wirtschaftsordnung geführt — Herr Jens hat auch davon gesprochen —, von der die Kolleginnen und Kollegen draußen im Betrieb sagen: Das ist nur noch Gemuschel. Die sitzen da unter einer Decke und sind gemeinsam eigentlich nur noch orientiert, uns übers Ohr zu hauen.

(Wissmann [CDU/CSU]: Herr Einert und Herr Roth!)

Das ist die Stimmung draußen in den Betrieben.

Wer als jemand, der diese Wirtschaftsordnung im Ganzen gesehen verteidigen will — was Sie ja tun, was Herr Jens genauso tut —, ein Stück Vertrauensarbeit leisten will, der muß doch ein **Stahlkonzept** vorlegen. Er muß sagen: So wollen wir es langfristig, denn wir zahlen ja so viel dafür.

(B)

Jetzt komme ich auf das zurück, was die Kollegen von der CDU — insbesondere Herr Köhler — gesagt haben. Wissen Sie, ich habe diese Geschichte ja auch schon leidvoll in der alten Koalition miterlebt. Man weigert sich, eine Konzeption für die Stahlindustrie vorzulegen. Die Zuhörer hier im Raum sollen ruhig wissen, daß Sie außer Abgeordneter auch langjähriger Vertreter der Interessen der Stahlindustrie sind. In diesem Zusammenhang deute ich nur an, daß die beiden großen Parteien im Deutschen Bundestag — was die Übernahme von Verantwortung für die Struktur der Stahlindustrie betrifft — vielleicht ein bißchen enger zusammenarbeiten könnten als diejenigen, die seit zehn Jahren dem Wirtschaftsministerium vorstehen (C)

(Beifall bei der SPD)

und immer Geld, Geld, Geld geben, aber keine Zusicherung für die Arbeitsplätze verlangen. Dieses Problem müssen Sie in der CDU/CSU-Fraktion diskutieren. Sie müssen fragen: Warum ging das so schief im Saarland? Warum ging das so schief in Nordrhein-Westfalen? — Das hat nämlich mit der Verweigerung einer Strukturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland im Bereich des Stahls zu tun. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Westphal: Meine Damen und Herren, damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Es gibt eine Wortmeldung zu einer Erklärung nach § 30 der Geschäftsordnung des Abgeordneten Dr. Köhler.

Dr. Köhler (Duisburg) (CDU/CSU): Herr Kollege Roth, Sie haben mich als noch aktiven Verfechter der Interessen der deutschen Stahlindustrie apostrophiert. In mir sehen Sie seit einem halben Jahr einen fröhlichen Rentner.

(Heiterkeit) (D)

Vizepräsident Westphal: So ist das doch friedlich ausgegangen.

Wir sind am Schluß unserer heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Donnerstag, den 20. Juni 1985, 8.30 Uhr — eine ungewöhnliche Zeit — ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 15.50 Uhr)

(A) **Anlagen zum Stenographischen Bericht** (C)

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)	entschuldigt bis einschließlich
Dr. Ahrens**	21. 6.
Böhm (Melsungen)*	21. 6.
Bohl	19. 6.
Brandt	19. 6.
Büchner (Speyer)*	19. 6.
Dr. von Bülow	19. 6.
Dr. Diederich (Berlin)	19. 6.
Ertl	21. 6.
Franke (Hannover)	21. 6.
Gattermann	19. 6.
Dr. Glotz	20. 6.
Haase (Fürth)*	20. 6.
Dr. Hauchler	21. 6.
Hedrich	19. 6.
Horacek**	21. 6.
Kittelmann**	21. 6.
Dr. Kohl	20. 6.
Dr. Mertens (Bottrop)	19. 6.
Dr. Müller**	21. 6.
Polkehn	21. 6.
Reddemann**	21. 6.
Rossmanith	20. 6.
Roth	19. 6.
Dr. Rumpf**	21. 6.
Schlatter	21. 6.
Schröder (Hannover)	19. 6.
(B) Sielaff	21. 6.
Stobbe	21. 6.
Stücklen	21. 6.
Voigt (Sonthofen)	19. 6.

* für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
** für die Teilnahme an Sitzungen der Westeuropäischen Union

Anlage 2

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Probst auf die Frage des Abgeordneten **Dr. Schierholz** (DIE GRÜNEN) (Drucksache 10/3487 Frage 4):

Wie beurteilt die Bundesregierung das Interesse des Staatsratsvorsitzenden der DDR an einer Beteiligung seines Staates an einer europäischen Technologiegemeinschaft, und welche Anstrengungen unternimmt sie, sich für eine gesamteuropäische Zusammenarbeit in diesem Bereich einzusetzen?

Die Bundesregierung prüft gegenwärtig die verschiedenen Vorschläge zur Schaffung einer europäischen Technologiegemeinschaft, die bisher im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft entwikkelt worden sind. Sie unterstützt das Ziel, ein technologisch starkes Europa zu schaffen. Über die Verwirklichung muß jedoch noch weiter mit den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und in den Organen der Gemeinschaft selbst beraten werden. Für eine Aussage über eine Teilnahme der DDR ist es daher noch zu früh.

Anlage 3

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Erhard auf die Frage der Abgeordneten **Frau Dr. Lepsius** (SPD) (Drucksache 10/3487 Frage 2):

Mit welchen zusätzlichen finanziellen Belastungen auf die Haushalte der Kommunen rechnet die Bundesregierung bei der geplanten Änderung unterhaltsrechtlicher Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches durch den Verlust von Unterhaltsansprüchen, die zu einer Verlagerung von Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz führen werden?

Die im Entwurf eines Gesetzes zur Änderung unterhaltsrechtlicher, verfahrensrechtlicher und anderer Vorschriften (Unterhaltsänderungsgesetz) vorgesehene Begrenzung der Unterhaltspflicht wird zwar Mehrkosten bei der Sozialhilfe und bei der Arbeitslosenhilfe zur Folge haben. Die Höhe dieser Mehrkosten kann heute nicht beziffert werden, weil sie vor allem von der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt abhängt. Hierauf ist in der Begründung des Gesetzentwurfs bereits hingewiesen.

Mit einer erheblichen Mehrbelastung rechne ich nicht, weil die Masse der Unterhaltsfälle davon nicht betroffen sein wird. (D)

Anlage 4

Antwort

des Staatssekretärs Dr. Fröhlich auf die Fragen der Abgeordneten **Frau Männle** (CDU/CSU) (Drucksache 10/3487 Fragen 23 und 24):

Welche Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung — auch im Hinblick auf die neuen Technologien — werden Schreibkräften und Sekretärinnen im öffentlichen Dienst des Bundes angeboten, und in welchem Umfang nehmen Frauen an diesen Maßnahmen teil?

Wie hoch ist der Anteil bei Schreibkräften und Sekretärinnen im öffentlichen Dienst des Bundes seit 1975, die in Sachbearbeiterfunktionen aufgestiegen sind?

Zu Frage 23:

Der BMI hat in Einvernehmen mit den anderen obersten Bundesbehörden und dem Bundesrechnungshof am 10. Juli 1984 „Grundsätze zur Organisation wirksamer, wirtschaftlicher und mitarbeitergerechter Schreibdienste in obersten Bundesbehörden" erlassen. Danach sollen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Schreibdienst eine den wechselnden Anforderungen ihres Arbeitsbereichs entsprechende Fortbildung erhalten. Dies soll ihnen die Möglichkeit geben, sich für einen auch anderen Einsatz in der Behörde vorzubereiten. Wegen der hierbei zweckmäßigen Orientierung an den Gegebenheiten der jeweiligen Behörde werden behördeninterne Fortbildungsmaßnahmen bevorzugt. Bei

(A) der Ausgestaltung der Inhalte dieser Fortbildungsmaßnahmen können sich die Behörden auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse stützen, die im Rahmen des Programms „Humanisierung des Arbeitslebens (HdA)" angefallen sind.

Auf den Einsatz von Geräten und Verfahren neuer Informationstechnik werden Schreibkräfte und Sekretärinnen durch gezielte Schulungsmaßnahmen vorbereitet, die sowohl behördenintern als auch bei Herstellerfirmen durchgeführt werden.

Aufzeichnungen über den Umfang der Fortbildungsangebote der einzelnen Behörden und ihre Inanspruchnahme durch die Schreibkräfte liegen mir nicht vor.

Darüber hinaus bietet die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung Fortbildungsmaßnahmen für Schreibkräfte und Sekretärinnen an, die organisatorische, psychologische und informationstechnische Lehrstoffinhalte umfassen. Für die Jahre 1984 bis 1986 sind insgesamt 15 solcher mehrtägigen Seminare geplant. An Teilnehmerplätzen, die sich an den Bedarfsermittlungen der Bundesministerien ausrichten, sind vorgesehen:

1984 = 46 Seminarplätze, die auch belegt wurden,

1985 = 185 Seminarplätze und

1986 = 80 Seminarplätze.

Zu Frage 24:

(B) Der Anfrage entsprechende Aufzeichnungen werden in der Bundesverwaltung nicht geführt. Mir ist jedoch bekannt, daß im Bundesministerium der Justiz in der Zeit von 1970 bis 1979 von 99 eingestellten Schreibkräften 49 in höherwertige Tätigkeiten, mindestens BAT VI b, eingewiesen worden sind. Weitere Einzelheiten zum „Aufstieg" von Schreibkräften in höherbewerteten Stellen bitte ich meiner Antwort vom 20. Mai 1981 zur Anfrage der Abgeordneten Frau Verhülsdonk zu entnehmen (BT-Drucksache 9/556 S. 4).

Anlage 5

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Häfele auf die Fragen des Abgeordneten **Kirschner** (CDU/CSU) (Drucksache 10/3487 Fragen 27 und 28):

Wie lange ist die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei den Finanzämtern für die Lohnsteuerjahresausgleichsanträge einschließlich der Rückerstattung der zuviel bezahlten Lohnsteuer auf das Girokonto des Steuerpflichtigen?

Kann die Bundesregierung mitteilen, wieviel Personal zusätzlich eingestellt werden mußte, damit von der Einreichung des Lohnsteuerjahresausgleichs bis zur Auszahlung im Schnitt nicht mehr als vier Wochen verstreichen?

Über die durchschnittliche Bearbeitungsdauer der Lohnsteuer-Jahresausgleichsanträge liegen der Bundesregierung keine Zahlen vor, da die statistischen Erhebungen der Länder zur Abwicklung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs sich nicht auf die Bearbeitungsdauer erstrecken. (C)

Auch ist nicht bekannt, wieviel Personal in den Ländern derzeit für die Bearbeitung der Anträge eingesetzt wird. Die Bundesregierung kann deshalb nicht mitteilen, ob und gegebenenfalls wieviel Personal zusätzlich für die Bearbeitung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs eingesetzt oder sogar zusätzlich eingestellt werden müßte, um eine durchschnittliche Bearbeitungsdauer von vier Wochen sicherzustellen.

Beide Fragen ließen sich nur durch eine entsprechende Umfrage bei den für die Durchführung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs zuständigen Ländern klären und würden dort umfangreiche Untersuchungen erfordern.

Der Bundesregierung ist aus Besprechungen mit den obersten Finanzbehörden der Länder bekannt, daß diese bemüht sind, Lohnsteuer-Jahresausgleichsanträge zügig zu bearbeiten, damit die Antragsteller die überzahlten Steuerbeträge so schnell wie möglich zurückerhalten.

Anlage 6

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Frau Karwatzki auf die Frage des Abgeordneten **Fiebig** (SPD) (Drucksache 10/3487 Frage 64): (D)

Welche Haltung vertritt die Bundesregierung zu der Zielsetzung des Entschließungsantrages des Landes Nordrhein-Westfalen zur ärztlichen Vorprüfung im März-Termin 1985 (Bundesrats-Drucksache 203/85), um deutlich zu machen, auf welche Weise das Ergebnis dieser Vorprüfung, das durch eine außerordentlich hohe Mißerfolgsquote gekennzeichnet ist, korrigiert werden soll?

Die durchschnittliche Mißerfolgsquote bei der Ärztlichen Vorprüfung im März d. J. lag bei ca. 42 %.

Aufgrund der Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen hat der Bundesrat am 14. Juni 1985 die folgende Entschließung gefaßt:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei der zur Zeit anstehenden Fünften Verordnung zur Änderung der Approbationsordnung für Ärzte aus den wiederholten negativen Erfahrungen mit den Ärztlichen Vorprüfungen umgehend Konsequenzen zu ziehen und eine grundsätzliche Änderung des bisherigen auf dem schriftlichen Anwort-Wahl-Verfahren (multiple choice) beruhenden Prüfungssystems in der ärztlichen Ausbildung herbeizuführen und die Mitwirkung der Hochschulen am Prüfungsverfahren zu verstärken.

Die Länder haben sich darauf verständigt, eine Kommission einzusetzen, die die Prüfungsfragen der ärztlichen Vorprüfung vom März 1985 überprüft. Ziel der Überprüfung ist es, festzustellen, ob Prüfungsfragen wegen ihrer Unge-

(A) eignetheit eliminiert werden müssen. Die Kommission wird ihre Arbeit unverzüglich aufnehmen und bis Anfang Juli 1985 abschließen.

Für den Fall, daß dieses Verfahren nicht bis Ende Juli zu einer wesentlichen Nachbesserung der ärztlichen Vorprüfung vom März 1985 führt, fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, durch Änderung der Approbationsordnung kurzfristig die Bestehensregeln zu ändern und das Ergebnis der Prüfung im Interesse der betroffenen Medizinstudenten nachzubessern.

Sollte es nicht zu einer Nachbesserung kommen, muß denjenigen Kandidaten, die die Ärztliche Vorprüfung im März 1985 nicht bestanden haben, die Möglicheit gegeben werden, die Prüfung zu wiederholen, gegebenenfalls in mündlicher Form.

Wie Sie hieraus ersehen, setzen die Länder in Kürze eine Kommission zur Überprüfung der in der Ärztlichen Vorprüfung im März d. J. gestellten Prüfungsaufgaben ein.

Die Länder führen die Approbationsordnung für Ärzte gemäß Artikel 83 des Grundgesetzes als eigene Angelegenheit aus. Sie sind damit auch allein für die Durchführung der staatlichen Prüfungen nach dieser Verordnung verantwortlich. Die Gesundheitsministerkonferenz hatte am 30. März d. J. übereinstimmend festgestellt, daß die Ärztliche Vorprüfung im März 1985 inhaltlich und formal in
(B) Ordnung und somit rechtmäßig gewesen ist. Wenn die Länder inzwischen Zweifel an der Richtigkeit dieser Aussage haben, müssen sie handeln. Falls die Kommission zu dem Ergebnis kommt, daß Prüfungsfragen wegen Ungeeignetheit zu eliminieren sind, werden die zuständigen Stellen in den Ländern die Prüfungsbescheide korrigieren. Eine solche Nachbesserung auf dem Verwaltungswege wäre dann auch der einzig richtige Weg.

Die Bundesregierung ist nicht bereit, die Bestehensregelung der Approbationsordnung kurzfristig zu ändern und das Ergebnis der Prüfung nachzubessern. Es wäre mit rechtstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar, die Mißerfolgsquote bei einzelnen Examen zum Anlaß zu nehmen, auf dem Verordnungswege ein Prüfungsergebnis zu korrigieren.

Im übrigen wäre eine Änderung der Approbationsordnung für Ärzte wegen der Zustimmungsbedürftigkeit durch den Bundesrat mit einem langwierigen Verfahren verbunden, so daß sie keinem durchgefallenen Studenten dazu verhelfen würde, sein Studium noch im laufenden Semester fortzusetzen.

Die Bundesregierung begrüßt, daß die Länder — wie die Entschließung zeigt — nunmehr für eine Neuordnung des Prüfungswesens in der ärztlichen Ausbildung offen sind. Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit ist seit langem um ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen schriftlichen Prüfungen nach dem MC-Verfahren und mündlichen Prüfungen und um eine stärkere Einbeziehung der Hochschullehrer in die Prüfungsverantwortung bemüht. Die Haltung der Länder läßt erwarten, daß nunmehr auch auf dieser Seite Bereitschaft besteht, das Prüfungsverfahren zu verbessern. Im Rahmen der anstehenden fünften Novellierung der Approbationsordnung für Ärzte wird das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in Kürze erneut Vorschläge hierzu vorlegen. (C)

Anlage 7

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Schulte auf die Fragen des Abgeordneten **Hettling** (SPD) (Drucksache 10/3487 Fragen 74 und 75):

Welche Auswirkungen hat nach Meinung der Bundesregierung der Fortfall des Ausgucks in der Nacht auf Seeschiffen, und liegt hier nicht ein Verstoß gegen das internationale Recht vor, nachdem ein Seemann als Ausguck auf allen Seeschiffen zusätzlich zum Schiffsoffizier in der Nacht Wache gehen muß?

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß es bisher kein technisches Gerät gibt, das den Menschen als Ausguck ersetzen kann und folglich die Ausschau nach in Seenot geratenen Schiffen oder Luftfahrzeugen, nach Notsignalen, Schiffbrüchigen, Rettungsinseln sowie nach Wracks und Wrackteilen beim Wegfall des Ausgucks nicht mehr gewährleistet ist und ein weiteres Sicherheitsrisiko entsteht, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Zu Frage 74:

Ein Verstoß gegen die internationalen Wachdienstregelungen liegt dann nicht vor, wenn der Wachoffizier die Aufgaben des zusätzlichen Ausgucks bei Nacht so verstärkt mit übernehmen kann, daß die Anforderungen an den Brückenwachdienst mindestens den Grad an Sicherheit auf See gewährleisten, der den internationalen Wachdienstvorschriften gleichwertig ist. Ob dies auf Seeschiffen mit verbesserten Sichtverhältnissen, modernster nautischer Ausrüstung und mit einem Einmannfahrstand gewährleistet ist, kann nach Auffassung der Bundesregierung nur im Rahmen eines Versuchsprogramms festgestellt werden. Bei einem positiven Ergebnis müßte die Zulassung eines Ein-Mann-Wachdienstes bei Nacht mit hohen technischen Auflagen verbunden werden, die einen höheren technischen Sicherheits- und Ausrüstungsstandard als bei herkömmlichen Brücken schaffen. Mit diesen Auflagen würden gleichzeitig erhebliche technische Neuentwicklungen aus dem Forschungsprojekt „Schiff der Zukunft" auf Seeschiffen unter Bundesflagge eingeführt werden. (D)

Zu Frage 75:

Die Bundesregierung teilt die Auffassung, daß es bisher kein technisches Gerät gibt, das den Menschen als Ausguck auf Seeschiffen ersetzen kann; sie prüft z. Z., ob aufgrund beantragter Ausnahmegenehmigungen nach § 6 der Wachdienst-Verordnung ein Versuchsprogramm mit folgendem Ziel durchgeführt werden soll: Es ist festzustellen, ob auf Seeschiffen mit verbesserten Sichtverhältnissen, modernster nautischer Ausrüstung und mit ei-

(A) nem Einmannfahrstand der Wachoffizier die Aufgaben des Ausgucks bei Nacht — wie es am Tag zulässig ist — im freien Seeraum und bei guter Sicht unter Gewährleistung eines sicheren Wachdienstes verstärkt mit wahrnehmen kann.

Anlage 8

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Schulte auf die Frage des Abgeordneten **Dr. Jobst** (CDU/CSU) (Drucksache 10/3487 Frage 76):

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um die empfindliche Wettbewerbsverzerrung auszugleichen, der bayerische Spanplattenhersteller dadurch ausgesetzt sind, daß sie für ihre Beförderungen nach Westdeutschland im nationalen Lastwagenverkehr an die hohen Sätze des Reichskraftwagentarifs (RKT) gebunden sind, während im Wettbewerb stehende österreichische Hersteller für Beförderungen zu den westdeutschen Kunden nur theoretisch an den RKT gebunden sind, in der Praxis aber den Beförderungspreis frei aushandeln können und so nur wesentlich niedrigere Beförderungspreise zu entrichten brauchen? (C)

Im grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr mit Österreich haben sowohl deutsche, als auch österreichische Transportunternehmer das Beförderungsentgelt für die Binnenstrecke nach dem Reichskraftwagentarif (RKT) oder dem Güternahverkehrstarif (GNT) und für die ausländische Teilstrecke ein angemessenes Entgelt zu berechnen. Die Tarifüberwachung obliegt in der Bundesrepublik Deutschland der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (BAG). Sofern Tarifunterschreitungen bei deutschen oder österreichischen Transportunternehmern festgestellt werden, leitet die BAG die erforderlichen Maßnahmen ein (Ordnungswidrigkeitenverfahren, Ausschluß vom grenzüberschreitenden Verkehr).

(B) (D)

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0720-7980